

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bezugspreis:**  
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

**Anzeigenpreis:**

Die einpaarige Sonntagsbeilage 20 Pfennig. Restamende 5,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das Letztgedruckte Wort 25 Pfennig (außer zwei Letztgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stichproben des ersten Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Reile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptstadtk. Lindenstraße 2, werktäglich von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Mittwoch, den 7. September 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsstellen: Berlin SW. 68 - Hauptstadt: Bank des Schreibers, Angestellter und Beamten, Wilmstr. 61; Potsdam-Großstadt, Dönhofsplatz 2.

## Der polnische Vorschlag in Genf.

### Widerstand Englands.

V. Sch. Genf, 6. September. (Eigenbericht.)

Ueber die Gedankengänge, die dem angekündigten polnischen Vorschlag zugrunde liegen und die in einer Präambel zum Ausdruck kommen werden, erfahre ich aus dem Kreis der polnischen Delegation nachstehende Einzelheiten:

Der polnische Antrag geht von der Feststellung aus, daß die Versuche, die Sicherheitsfrage zu lösen, an der Unmöglichkeit gescheitert seien, sich über folgende Fragen zu einigen: Definition des Begriffs des Angreifers, Präzisierung der gegen den Angreifer zu treffenden Gegenmaßnahmen (Sanktionen), Formen der Schiedsgerichtsbarkeit.

Nun hat am 25. September 1926 die Völkerbundsversammlung einen Antrag zugunsten der allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit angenommen. Dieser Antrag sei — nach polnischer Auffassung — einer vernünftigen Erweiterung fähig und könne verstärkt werden durch eine allgemeine Deklaration sämtlicher Völkerbundsstaaten, in der jeder Angriffskrieg verurteilt werden würde.

Das Völkerbundsstatut schließt leider nicht jeden Krieg aus, sondern es sehe vielmehr den „legalen“ Krieg vor und mache sogar den Angriffskrieg nicht unmöglich. Dies sei eine Lücke, die ausgefüllt werden müsse. Es handle sich jetzt darum, eine Atmosphäre zu erzeugen, die gestalten würde, eine Sicherheitsgarantie für alle Mitglieder des Völkerbundes zu schaffen. Es sei zurzeit schwierig, ähnliche Garantien, wie sie im Rheinpakt von Locarno geschaffen worden seien, für alle Völker zu erreichen. Aber man könne schon jetzt die Grundlagen der Schiedsgerichtsbarkeit erweitern und eine Situation schaffen, die günstiger

wäre, um die im Völkerbundsstatut proklamierten Grundsätze anzuwenden. Die Völker hätten zwar bisher nicht vermocht, die Abrüstung durchzuführen, aber diese Tatsache dürfe kein Hindernis dafür bilden, daß die Völker schon jetzt ihren Willen bekunden, wenigstens ihre Rüstungen nicht weiter zu erhöhen.

Das sind gewissermaßen die Richtlinien, die in der Begründung des polnischen Antrages zum Ausdruck kommen werden. Sie sind recht allgemeiner Art, doch sollen sie, wie mir versichert wird, in einem formulierten Antrag mit einzelnen Paragraphen konkretisiert werden. Die polnische Delegation ist heute abend zusammengetreten, um den Antrag endgültig auszuarbeiten. Er wird morgen zunächst Briand und Chamberlain vorgelegt und dann wahrscheinlich am Freitag von Sozial der Völkerbundsversammlung offiziell unterbreitet werden.

## Warschauer Inhaltangabe.

Warschau, 6. September. (Eigenbericht.)

Die Tatsache, daß das polnische Projekt für einen allgemeinen Sicherheitspakt, der auf der Völkerbundsversammlung vorgebracht werden sollte, von der französischen Presse vorzeitig aufgedeckt wurde, hat das polnische Außenministerium veranlaßt, sich über den Inhalt des polnischen Projektes offiziell zu äußern. Demnach besteht der polnische Vorschlag darin, daß nicht nur die dem Völkerbund angehörenden Staaten, sondern auch die übrigen Länder eine gemeinsame Erklärung über die Vermeidung künftiger Kriege niederlegen. Das polnische Projekt soll also gewissermaßen eine Ergänzung des Völkerbundsstatutes sein, und jedwede kriegerische Lösung irgendwelcher Konflikte allgemein ausschließen. Wie das polnische Außenministerium betont, ist der Pakt keineswegs gegen irgendeinen Staat gerichtet, sondern soll lediglich dazu dienen, den Einfluß und die Autorität des Völkerbundes zu stärken.

herige Versagen des Völkerbundes in der Frage der Herabsetzung und Einschränkung der Rüstungen. Er bezeichnete dieses Problem als die Lebensfrage des Völkerbundes und sprach von den Befürchtungen, die in letzter Zeit in der ganzen Welt entstanden seien. Es sei nach den Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses nicht zu leugnen, daß eine wirksame Herabsetzung der Rüstungen noch immer als recht entferntes Ideal erscheine.

Man sei zwar immerhin aus dem Stadium der vagen Formeln herausgekommen und stehe jetzt vor einem bestimmten Plan. Aber immer mehr erkenne man, daß das Problem der materiellen Abrüstung durch das Problem der moralischen Abrüstung beherrscht werde. Das Ziel der Einschränkung der Abrüstungen, die einen neuen Rüstungswettlauf unmöglich machen würde, könne und müsse schon jetzt verfolgt werden. Andererseits sei die moralische Abrüstung noch nicht weit genug fortgeschritten, um die Herabsetzung der Rüstungen wirksam zu betreiben. Daher müsse die moralische Abrüstung durch einen unwiderstehlichen Druck der öffentlichen Meinung, d. h. der Völker und der Regierungen gefordert werden. Die Völkerbundsversammlung müsse erklären, daß sie alle Kräfte zur Verwirklichung der moralischen Abrüstung anspannen werde. An dieser Stelle erinnerte der Redner an das Genfer Protokoll von 1924, welches nicht tot sei, sondern nur ruhe. Man müsse sich fragen, ob nicht der Augenblick gekommen sei, die Lücke im Artikel 15 des Statuts auszufüllen, indem man für die Zukunft den legitimen Krieg ausschließe und den Angriffskrieg für ein Verbrechen erkläre. Das Prinzip der obligatorischen Gerichtsbarkeit müsse durchgesetzt werden. Dazu sei es aber nötig, daß einzelne Großmächte nicht länger abseits stehen, wenn es gelte, Verpflichtungen zu diesem Zwecke zu übernehmen. Zum Schluß unterbreitete van Blootland folgende Entschließung:

In der Überzeugung, daß, ohne die Diskussion über das Genfer Protokoll von 1924 wieder aufzunehmen, es wünschenswert erscheint, die Grundsätze dieses Protokolls neu zu studieren und in der Erwägung, daß es von großer Bedeutung ist, daß die Völkerbundsversammlung die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission fördert, beschließt die Versammlung, ihre Ausschüsse mit dem Studium der Hauptprinzipien des Protokolls und mit den Schlussfolgerungen des Berichtes der vorbereitenden Abrüstungskonferenz zu beauftragen.

Diese Rede wirkte sensationell, insbesondere die Tatsache, daß er einen formulierten Resolutionsentwurf einbrachte. Er erhielt bei einem großen Teil der Versammlung, insbesondere bei der französischen Delegation, demonstrativen Beifall, während Chamberlain und die übrigen Briten schillig nervös waren. Im übrigen kam der holländische Vorkopf völlig überraschend. Die deutsche Delegation hatte nur auf Umwegen von der Absicht des holländischen Ministers kurz vorher erfahren. Die Franzosen und Engländer waren dagegen am Vormittag offiziell verständigt worden. Doch hatte im Gegenzug zu Briand Chamberlain abweisende Stepsis zu erkennen gegeben. Es ist sicher nicht so, wie manche vermuten, daß Holland den Boden für den angekündigten polnischen Vorschlag vorbereiten wollte.

## Ost-Locarno? Nichtangriffspakt?

### Zum Kapitel: Deutschland und Polen.

Herr Stresemann kommt am Freitag nach Berlin, um an einer Kabinettsitzung teilzunehmen und dann wieder nach Genf zurückzukehren. Wenn auch offiziös versichert wird, die Reise des Außenministers stehe mit der Befolgsordnung in engerem Zusammenhang als mit außenpolitischen Fragen, so wird man doch nicht mit Unrecht annehmen, daß von dieser Reise für den weiteren Verlauf der Dinge in Genf manches abhängen wird.

Herr Stresemann wird bei seiner Rückkehr die Tatsache vorfinden, daß die Presse der deutschnationalen Regierungspartei wieder ganz in die schärfste Gegnerschaft gegen seine Politik eingeschwenkt ist. Sie kann sich gar nicht genug tun in Verunglimpfungen des Völkerbundes und in Versicherungen, daß die Politik von Locarno mit einem Bankrott geendet habe. Und wenn sie auch nicht den geringsten positiven Rat geben kann, wie die deutsche Außenpolitik in Zukunft zu gestalten sei, so zeigt sie sich doch von einer geradezu hysterischen Angst davor befallen, daß auf den Wegen von Genf und Locarno ein Schritt weiter getan werden könnte.

Nun ist kein Zweifel daran möglich, daß die Politik der Friedenssicherung und allgemeinen Abrüstung in einen Zustand der Stagnation geraten ist. Zufrieden ist mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge niemand. Aber über die Ursachen dieser Stagnation und über die Methoden, nach denen die deutsche Außenpolitik fortzuführen ist, herrschen zwischen rechts und links, zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten die schärfsten Gegensätze.

Die Deutschnationalen verwerfen das ganze System der Außenpolitik, und das, was ihnen als kein Zusammenbruch erscheint, stellen sie mit sichtlichster Befriedigung fest. Die Sozialdemokraten dagegen halten fest an diesem System, sie wünschen seinen Ausbau, den sie durch das Zunehmen reaktionärer Strömungen in ganz Europa gehemmt sehen. In der großen Geisterschlacht der Wahlen, die im nächsten Jahr geschlagen werden soll, werden sie daher die Kerntruppe jener europäischen Partei bilden, der ein vom Kriegsalp befreites einiges Europa als Ziel vorschwebt. Die Deutschnationalen werden ja dann Gelegenheit haben, sich über ihr Ziel etwas positiver zu äußern, als sie es bisher getan haben.

Wir Sozialdemokraten haben ein Recht, über Stagnation zu klagen, denn wir wollen vorwärts. Die Deutschnationalen aber hätten allen Anlaß, ihrem Gott auf den Knien dafür zu danken, daß sich die bisherige Außenpolitik Deutschlands gegen ihren Widerstand durchgesetzt hat. Denn alles, was wir an Erleichterungen spüren, alles, was wir an Ansehen in der Welt gewonnen haben, ist auf diese Außenpolitik — und auf die Festigung der Republik — zurückzuführen. Mag man sagen, daß das Gewonnene nur ein Anfang ist, ein Anfang, der in den ersten neun Jahren nach dem Kriegsende gemacht worden ist, ist schon unendlich viel. Ohne diesen Anfang wäre ganz Deutschland ins Chaos versunken.

Herr Stresemann wird sich also schon darauf einrichten müssen, die deutsche Außenpolitik gegen die größte Regierungspartei und ihre Presse zu verteidigen. Er ist ja heute nur Außenminister des Bürgerblocks, aber er bleibt doch verantwortlich vor dem deutschen Volk, vor seiner Vertretung und vor der Geschichte.

In der Frage, die im Schlagwort Ost-Locarno zusammengefaßt wird, und in ihrer Aufrollung sah die deutschnationale Presse, scharfsichtig, wie sie ist, von vornherein nichts als eine „polnisch-französische Falle“. In diese Falle, wenn sie eine ist, tappst sie nun mit vollendeter Grazie hinein. Denn wenn das Problem wirklich in intriganter Absicht aufgerollt worden wäre — was könnte Anderes der Zweck dieser Intrige sein, als die unverföhnliche Polenfeindschaft Deutschlands zu entlarven? Die deutschnationale Presse, die jeden von Polen stammenden Vorschlag, ohne ihn auch nur zu kennen, in größter Erregung ablehnt, wird damit zur bereitwilligen Helferin derer, die beweisen wollen, daß das bestehende Ost-Locarno ungenügend und nur leerer Schein ist.

Dies ist jedoch nicht unsere Ansicht. Deutschland hat in dem Vertrag, den es in Locarno mit der polnischen Republik abschloß, die Verpflichtung übernommen, seine Meinungsverschiedenheiten mit Polen nur auf friedlichem Wege auszugleichen. Es darf nicht der geringste Zweifel daran erlaubt sein, daß Deutschland entschlossen ist, diesem freiwillig geschlossenen Vertrag treu zu bleiben. Die Treue zu diesem Vertrag schließt aber jeden Gedanken daran aus, die bestehenden Grenzen zwischen Deutschland und Polen auf kriegerischem Wege zu ändern.

Daraus ergibt sich aber noch ein weiteres, daß nämlich eine Aenderung der deutsch-polnischen Grenze für absehbare Zeit zu den sehr unwahrscheinlichen Dingen gehört. Denn auf welche Weise sollte diese Aenderung erfolgen? Etwa durch einen freiwilligen Akt Polens, das im Interesse der guten Nachbarschaft einen Teil seiner Gebiete an Deutschland zurückgäbe? Wer das für möglich

## Debatte der Völkerbundsversammlung.

### Holländischer Kompromißvorschlag.

V. Sch. Genf, 6. September. (Eigenbericht.)

Die allgemeine Aussprache der Völkerbundsversammlung, die heute nachmittag begann, soll nach einem Beschluß des Präsidiums am Sonnabend beendet werden. Es werden während der ganzen Woche vor- und nachmittags Sitzungen abgehalten werden müssen, denn mindestens zwei Drittel der Völkerbundsstaaten pflegen in der Aussprache das Wort zu ergreifen. Die lobenswerte Einschränkung wird die Tagung, die früher mindestens drei Wochen dauerte, abkürzen. Vielleicht war es ein Zufall, daß die zwei ersten Redner in der Debatte zwei Vertreter aus Asien waren: ein Indier und ein Perser, vielleicht war dies aber auch ein Schachzug der Regie, um dadurch die Universalität des Völkerbundes zu demonstrieren und der Behauptung entgegenzutreten, der Völkerbund sei eine rein europäische Angelegenheit. Diese beiden Reden verdienen jedoch nicht, der Mitwelt übermietet zu werden. Anders die Ausführungen des dritten Redners, des holländischen Außenministers van Blootland, die Aufsehen machten. Diese Rede brachte in zwar vorsichtiger, und doch unerkennbarer Form die Unzufriedenheit der kleineren Mächte mit der Entwicklung des Völkerbundes und mit seinem bisherigen Versagen in der Frage der Abrüstung zum Ausdruck. Van Blootland sagte u. a.: Es wäre für die Autorität und das Prestige des Völkerbundes

sehr bedauerlich, wenn einzelne Mächte sich dazu entschließen sollten, unter sich und außerhalb des Völkerbundes Fragen zu behandeln, für die der Völkerbund nach einem Statut zuständig ist.

Es ist in erster Linie Aufgabe des Rates, die Schwierigkeiten zur Kenntnis zu nehmen, die geeignet sind, einen Bruch zwischen einzelnen Völkerbundsmitgliedern zu verursachen; der Rat hat zu versuchen, die Konflikte voranzutreiben und sofort beizulegen und die Reime zu ersuchen, die am internationalen Horizont aufstehen. Diese deutsche Anspielung auf das Versagen des Rates in der albanischen Frage schwächte der Redner sogleich ab mit der Bemerkung, daß es andererseits nicht wünschenswert sei, wenn man den Eindruck erwecken würde, daß künftig keine Streitigkeiten ohne Eingreifen des Völkerbundes beigelegt werden könnten. Es sei immer noch vorzuziehen, daß eine Schlichtung nach Möglichkeit durch direkte Verhandlungen erfolge, und ein Eingreifen des Bundes müsse auf solche Fälle beschränkt werden, wo eine direkte Verständigung ausgeschlossen erscheine. Allerdings wäre es auch wünschenswert, daß diejenigen, die der Ansicht sind, daß der Rat allzu vorsichtig sei, ihre Stimme erheben, wenn sie glauben, daß eine Intervention des Völkerbundes der Sache des internationalen Friedens dienlich sein würde. Auf diese Art würde der Rat veranlaßt werden, sich in jedem einzelnen Falle auf noch gewissenhaftere Art zu vergewissern, ob er glaube, die Verantwortung für ein Nichteingreifen auf sich nehmen zu können.

Nach dieser kritischen Einleitung unterstrich der Redner das bis-

häft, müßte ja die Polen für das klügste und nobelste Volk der Welt halten! Oder glaubt man an eine diplomatische Kollektivaktion der Mächte, durch deren Druck Polen gezwungen werden könnte, einen Teil seines Gebiets ohne gewaltsamen Widerstand herauszugeben? Wer glaubt an die Möglichkeit einer solchen Einigung, an der ja auch Frankreich, Polens traditioneller Beschützer, beteiligt sein müßte? So bleibt nur die dritte Möglichkeit: der Ausdruck eines neuen europäischen Krieges — ohne Zutun Deutschlands —, nach dessen Abschluß eine Revision der Grenzen erfolgen würde. Käme es jedoch zu einem solchen Krieg, so wäre nachher die Frage, zu welchem Staat dieses oder jenes Stück Land gehören soll, von sehr geringer Bedeutung, da ständen ganz andere Dinge auf dem Spiel. Niemand kann so gewissenlos sein, mit solchen Eventualitäten zu spielen, weil sie vielleicht auch die Möglichkeit einer polnisch-deutschen Grenzänderung nach sich ziehen könnten.

Deutschland hat in Locarno den Franzosen Esch-Lothringen noch einmal garantiert. Einer gleichen Garantierung des Korridors und Oberschlesiens an Polen standen starke gefühlsmäßige Widerstände entgegen. Diese Widerstände sind ebenso begründet, wie die Gefühle begründet sind, die man in Polen angesichts dieser verschiedenartigen Behandlung der neufranzösischen und neupolnischen Gebiete empfindet. Aber Gefühle haben und drücken können nichts an der Tatsache ändern, daß jene Gebiete im Besitze Polens sind und daß Deutschland durch freiwilligen Schiedsvertrag darauf verzichtet hat, ihre Wiedergewinnung mit kriegerischen Mitteln anzustreben.

Wir haben also ein Recht zu sagen, daß ein „Öst-Lo-carno“ zwischen Deutschland und Polen schon besteht, und daß dieses Ost-Lo-carno als Grundlage für gute nachbarliche Beziehungen durchaus genügen würde, wenn nicht Kräfte am Werke wären, die den polnisch-deutschen Streit immer aufs neue schüren. Solche Kräfte sind in Polen am Werke, aber auch in Deutschland, und hier sind es vor allem die Deutsch-nationalen, die sich mit dem Gedanken einer guten Nachbarschaft mit Polen durchaus nicht befreunden wollen. Und doch liegt diese gute Nachbarschaft, die natürlich nur durch guten Willen auf beiden Seiten zu erreichen ist, ebenso im Interesse des deutschen Volkes wie des polnischen.

Man kann die Vorschläge Polens nicht schon verwerfen, wenn man sie noch nicht kennt. Diese Vorschläge, die neuerdings die Form eines allgemeinen Nichtangriffspakts anzunehmen scheinen, werden wahrscheinlich an ganz anderen Widerständen scheitern als am Widerstande Deutschlands. Ob ihr Scheitern für Deutschland ein Gewinn sein wird, steht dahin. Darum ist es doppelt kindisch, gleich wenn man erfährt, daß Polen etwas will, in die Welt hinauszuschreien: „Das wollen wir nicht!“

Es gibt kein dringenderes Interesse Deutschlands als die Befestigung des Friedens. Alle Vorschläge, woher sie auch kommen mögen, müssen daher von der deutschen Delegation vorurteilsfrei nur aus dem einen Gesichtspunkt geprüft werden, ob sie der Befestigung des Friedens dienen oder nicht. Dabei wird ein etwaiger Verlust, im Sinne de Jouvenels eine Verbindung zwischen solchen Vorschlägen und der Räumung der besetzten Gebiete zu schaffen, unbedingt abzulehnen sein. Denn die Räumung ist eine Friedensforderung an sich, und die bestehenden Verträge genügen zu ihrer Erfüllung vollaus. (Nach einer W.B.-Meldung ist es wieder fraglich geworden, ob der Verlauf der Genfer Verhandlungen die geplante Reise Stresemanns nach Berlin ermöglichen wird.)

#### Außerungen des polnischen Gesandten.

Der Gesandte der Republik Polen in Berlin, Herr Dyzowski, hat einem hier lebenden polnischen Journalisten Erklärungen gegeben, in denen er sagte:

Ich habe in Warschau bei den maßgebenden Regierungs- und Wirtschaftsstellen volles Verständnis für die Notwendigkeit einer Regelung der deutsch-polnischen Handels-

beziehungen im gegenseitigen Interesse gefunden, vor allem den guten Willen zu einer Verständigung durch gegenseitige rationale Konzessionen. Entgegen allem Anschein habe ich den Eindruck, daß diese verständliche Stimmung auf beiden Seiten besteht. Der seit zwei Jahren andauernde polnisch-deutsche Zollkrieg ist für beide Teile drückend, meiner Meinung nach aber sind die Gegenseite nicht so stark, daß sie durch gegenseitiges Entgegenkommen nicht beigelegt werden könnten.

#### Trotz Zollkrieg hat sich der deutsch-polnische Warenumsatz im laufenden Jahre gegen das Vorjahr vermehrt.

Ich will nicht verhehlen, daß man in Warschau die Aussichten auf Abschluß eines polnisch-deutschen Handelsvertrages wegen der in Deutschland herrschenden Stimmung und Tendenz mit einiger Skepsis beurteilt. Die Ursache bildet vor allem die allgemein bekannte negative Stellungnahme der deutschen Agrarkreise. Ueberdies ist der bisherige Verlauf der Verhandlungen zwischen beiden Staaten geeignet, diesen Skeptizismus zu nähren — dauern sie doch bereits über drei Jahre. Im Februar wurden sie auf Verlangen Deutschlands unterbrochen. Die persönliche Fühlungnahme zwischen Stresemann und Jaleski haben die Verhandlungen auf den diplomatischen Weg gebracht, wovon man eine raschere und leichtere Klärung für etwa bestehende Kompromißmöglichkeiten erwartete. Als deutscherseits erklärt wurde, daß die deutsche Regierung grundsätzlich Wert darauf legt, zunächst die komplizierte und schwierige Siedlungsfrage zu lösen, hat sich die polnische Regierung bereit erklärt, zur Erörterung dieser Frage zu schreiten. Schon vor einigen Monaten wurde auch in Warschau in aller Form die Möglichkeit einer Verständigung darüber festgelegt. Jedoch hat die deutsche Regierung trotz unausgesetztem Drängen Polens in den grundlegenden wirtschaftlichen Fragen ihren Standpunkt bisher nicht präzisiert. Noch im März l. J. hat die polnische Regierung die Reichsregierung um Präzisierung des Standpunktes in der Frage der Kontingentierung der Rohlenmenge, die zum Verkauf auf dem deutschen Markt zugelassen werden könnte, wie auch in der Frage der veterinären Kontrolle.

#### In den verfloffenen sechs Monaten hat die polnische Regierung auf ihre Bitte keine Antwort erhalten.

Diese Tatsache erklärt in gewisser Hinsicht die Ungebild, wie auch die Zweifel, denen ich hier und da in Warschau begegnet bin. Der Gesandte betonte dann, daß die polnische Höchstzollverordnung nicht ein Druckmittel gegen Deutschland sein soll; sie trage allem ein en Charakter und beziehe sich auf alle Länder, die zu Polen ihre Handelsbeziehungen noch nicht geregelt haben. Es gibt eine ganze Reihe von solchen Staaten. Das Handelsministerium in Warschau beabsichtigt wesentliche Erleichterungen bzw. Aufhebung der Mehrheit der bestehenden Vorschriften in der Reglementierung der Einfuhr aus dem Ausland ohne Rücksicht auf die Herkunft. Die letzte polnische Maßnahme ist nichts anderes, als die Ausführung des schon lange vorher beschlossenen Planes der Einfuhr der Maximalzoll, wie sie in einer ganzen Reihe Länder bereits bestehen. Die vier Monate, die uns vom Inkrafttreten des Gesetzes trennen, bieten reichlich Zeit zur Beendigung der zweiten Phase der diplomatischen Verhandlungen, die sich allein auf Fragen wirtschaftlicher Natur beziehen, da doch

#### die Niederlassungsfragen geklärt

sind. Gesandter Dyzowski schloß: Unter diesen Umständen erblicke ich keinen Grund zu pessimistischer Beurteilung der Aussichten für das Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages noch im laufenden Jahre; ich bin fest überzeugt, daß eine Verständigung mit voller Befriedigung von der öffentlichen Meinung Polens begrüßt wird.

#### Die Reise im Zentrum.

##### Zentrum im Ghetto. — Das Schulgesetz unkatolisch.

In der „Frankfurter Zeitung“ steht der bekannte Zentrumspublizist Dr. Teipel die Auseinandersetzungen über die innere Lage des Zentrums fort. Er wendet sich sowohl gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wie gegen den Zentrumsfraktionsführer v. Guérard, die beide seine früheren Darstellungen über die Mitwirkung Brauns bei dem Werden der Bürgerblockregierung bestritten haben. Teipel hatte u. a. auf Brauns Unterhaltungen mit dem Reichspräsidenten und auf eine besondere Unter-

redung mit Marx hingewiesen. Die Andeutungen über diese letztere hat Brauns als „objektiv unwahr“ bezeichnet. Dazu sagt Teipel jetzt:

„Ich bin kein Moraltheologe, aber es wird wohl zutreffen, daß selbst nach der strengsten Kautelisiertheit, daß auch richtige Mitteilungen über „höchste Staatsgeheimnisse“ von den Verantwortlichen ohne Bewußtsein abgeleugnet werden. Da ich fest überzeugt bin, daß Herr Brauns persönlich sein von mir mitgeteiltes Gespräch mit Herrn Marx für ein „höchstpolitisches Staatsgeheimnis“ hält, muß ich ihm alle Rechte einer zulässigen Reservatio mentalis (geistiger Vorbehalt) zustehen. Ich bin aber nun gezwungen, meine Behauptung trotz der Terminologie des Braunschen Dementis aufrechtzuerhalten. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.“

Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt, wird jedoch Herrn Dr. Brauns sicher Veranlassung geben, eine neue Erklärung zu erlassen, ob er die Reservatio mentalis wirklich für sich in Anspruch nimmt. Das wäre die Beurteilung seiner Gesamtpersönlichkeit nicht unwesentlich.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt Dr. Teipel zu dem Schluß, daß das Zentrum durch den Reudellschen Schulgesetzentwurf politisch für die Deutschnationalen eingefangen sei.

„Ja, dieser deutschnationale Gesetzentwurf hat für die nächste Zeit alles Selbständigkeitsstreben der Zentrumsopposition im Lebensnerv getroffen. Der deutsche Katholizismus wagt öffentlich nicht einmal, an dieses politische Gesetz die kritische Sonde anzulegen und doch ist das Gesetz für den Katholizismus augenblicklich nicht nur unnötig, sondern in seinem Charakter obendrein bestem katholischen Wesen zuwider... Wer katholisches Wesen kennt, der darf die Kirche mit ihren Bildungsträgern nicht in ein Ghetto einschließen wollen... In urteilsfähigen Zentrumskreisen herrscht bereits stichhaltige Kagenjammerstimmung über das deutschnationale Gesetz.“

Es scheint fast, als wenn diese Kagenjammerstimmung durch um so stärkeres Herauskehren sogenannter Grundzüge auf dem Katholikentage verschleiert werden sollte. Man hat früher einmal das Wort geprägt, das Zentrum müsse aus dem Turm heraus. Wie es scheint, ist man jetzt im Begriff, es in ein katholisches Ghetto einzusperrern...!

#### Die Demokratie im Kriegerverein.

##### Erbauliches aus Zehlendorf.

Es gibt immer noch Leute, die nicht wissen, was wahre Demokratie ist. Wenn sie sich darüber unterrichten wollten, so hätten sie am Sonnabend und Sonntag an dem 50jährigen Jubiläum des Zehlendorfer Kriegervereins teilnehmen müssen. Hier wurde wieder einmal in urdeutschen Tönen die Treue zu — nicht dem Volke — sondern zu Gott, Vaterland und „Kameraden“ gepriesen. Der Hohenzollernprinz Oskar verließ durch seine Anwesenheit dem Feste einen besonderen Glanz, bei dem der Zehlendorfer Bürgermeister Dr. Schuhmacher namens der Verwaltung des 10. Bezirks und angeblich sogar auch namens des Berliner Magistrats eine stichvolle Rede hielt. Er sprach dabei — wir zitieren hier den in solchen Dingen als zuverlässig bekannten „Total-Anzeiger“ — von einer „Scheindemokratie“, die von manchen Kreisen als Ersatz in Anspruch genommen werde. Wahre Demokratie, so fuhr der Bürgermeister fort, weise aber der Kriegerverein auf, denn er vereinige in sich Mitglieder aller Volksschichten und aller Berufe im harmonischen Zusammenwirken für das Vaterland.

Die braven Kriegervereiner werden nicht wenig erstaunt gewesen sein, als sie hörten, daß sie einmal im Dienste der Demokratie vom preussischen Drill geschieden wurden, und daß das Strammstehen vor mehr oder minder durchlauchten Vorgesetzten ein Ausdruck der Selbstbestimmung ist. Im übrigen ist auch sonst die neue Staatsphilosophie des Bürgermeisters Schuhmacher höchst vorzüglich. Wir können uns nicht vorstellen, daß der Berliner Magistrat und insbesondere der Oberbürgermeister Dr. Böhm ihn beauftragt haben, der Demokratie diese neue, weniger sinnvolle als originelle Deutung zu geben. Vielleicht äußern sich diese Behörden einmal dazu.

#### Das Feuilleton einer Reise.

Von Gerda Lind.

Als ich an einem lichten Sommervormittag auf dem Balkon der Villa draußen im Grünwald vor mich hinstellte, stürzte meine über alles geliebte, blutengeliche Odetta auf mich zu, schlang ihren weichen tosenden Arm um meinen Scheitel, stellte ihre niedlichen Füße auf meinen Schoß und wimmerte, frohlockte, legte: „Nun hast du gedöhrt, hast die Fingerringe dir wundgeschrieben, hast im Winter die großen Feste gefeiert. Jetzt aber ist es Sommer, in Tunis reiten die Schais auf weißen Pferden durch die Straßen, gehen die verschleierte Frauen mit den britischen Dandys, die hellhäutigen Europäerinnen mit den afrikanischen Offizieren. Oh, Beedi, ich möchte reisen.“ „Ja,“ machte ich, „und in Kolberg muß es jetzt auch ganz nett sein, da sitzen alle die wunderoffenbaren Frauen, ihre Körper kredenzend im Sande, Amalie geht mit dem Gummifaschier...“ „Ach werde nicht immer so profanierend,“ erklärte Odetta, die holdselige, liebreizende, „denke dir, in Kairo spielt Prinz Amanoulla, der königliche Coarté, trinkt der Carl von Ester seine eigenen Rixuren, läßt Vello, die Königin der Nacht, ihren Bauch tanzen, sitzt die Fürstin von Dshuwentrin an der Bar des Atlantic, und wir könnten auch dabei sein.“ „Weißt du, Darling, Herr Seefeld und Frau sind in Krummhübel, sie wollen durchaus die Schneetoppe besteigen, erholen sich und klettern nur bisweilen.“

„Und in Nizza blühen die Scharlachrosen, und in Monaco brauchen die Orchideen, in Marseille lauern und girren die Frauen der Freude, in Paris hat Chéroux neueröffnet an der Place de la Concorde. In Biarritz sind die Herzöge von Alba und Bourbon, ist Frau von Lenden mit dem neuen Pyjama aus schwarzer Crepe de Chine mit orangefarbenen Schwänenflaum, in Lourdes beginnt die Prozession zur Mutter Gottes und im Bourdeaux werden die Reben gepflückt.“ „Ja, Sweetheart,“ streichelte ich Odettes seidene, schlanke Beine, „in Karlsbad soll Mrs. Rensend aus Boston sein und Carl Zaemle aus Hollywood, es gibt Oblaten, und es wird dauernd getanzt...“

„Ach ja,“ meinte Odetta, „auch da mag es ganz nett sein; aber ist es nicht vielleicht besser, du beendest erst dein Filmmamultrip?“ Sie drückte mir einen Kuß auf den Mund und dann eilte sie in die Zimmer, wo Hausfrauenpflichten auf sie warteten; denn es wartete jemand, der Gerichtsvollzieher...

Ueberpflanzungen bei Krebs. Günstige Erfolge bei Krebsfranken hat der Münchener Professor Teichhaber, wie in Koclams Anzeiger berichtet wird, durch die Ueberpflanzung von Kaninchenorganen und Milberthymus mit Erfolg erzielt. Die Schmerzen wurden geringer und die Geschwülste kleiner. Wenn diese Ueberpflanzungen nach Operationen angewandt werden, dürfte sich die Häufigkeit der Rückfälle verringern. Bei Krebs, der nicht operiert werden kann, ist die Ueberpflanzung die beste Behandlungsmethode.

#### Albert Bassermann.

Zu seinem sechzigsten Geburtstag.

Von Max Hochdorf.

Deutschlands größter Schauspieler, Albert Bassermann, begann als Episdenspieler. Episdenspieler ist der Künstler, der innerhalb des ganzen Dramas eine Viertelstunde lang das Parkett mit turbulenten Mitteln an sich zu reißen hat. Der Episdenspieler muß beweisen, daß die Welt häufig wie ein Karitäten- oder wie ein Lachsalzminett oder auch wie eine Schredensammer aussieht. Soll man sagen, daß Bassermann sich bei der Darstellung solcher Ausnahmestunden nur selber spielte? Es waren genügend Eigenschaften vorhanden, um ihn vor den zwanzigtausend Männern und Frauen, die in Deutschland noch auf der Bühne standen, auszuzeichnen. Der Künstler war, soweit das Auge in Betracht kam, sportlich ausgebildet, und er legte großen Wert auf diese Geschmeidigkeit. Geschaß es doch erst vor wenigen Jahren, daß Bassermann den genialen Komödianten Rean charakterisierte, indem er sich auf die Hände stellte und so über die Bühne hüpfte. Der Schauspieler Bassermann gebrauchte eben alle Mittel, über die er verfügte, um die Leidenschaft der ungewöhnlichen Natur zu zeigen. Er überzeugte die Zuschauer durch die Akrobatik seines Körpers davon, daß in ihm ein unerschöpflicher Vulkan brodet. Bassermann besitzt eine eigentümliche Art, durch langgezogene, manchmal rauchweise abgebrochene Gesten das gesprochene Wort zu begleiten. Man hört ihn und spürt die innere Unruhe durch das äußere Rumoren seiner Glieder. Man merkt, daß er sich jedes Wort gewohnt aus dem Gemüte reißt. Er gebrauchte die Stimme, um das Mythische des Menscheninneren in das Bewußtsein des Hörers wie eine gefährliche Waffe hineinzustößen.

Diese Stimme Bassermanns ist unvergänglich. Er redet ebenso ruckweise, wie er sich bewegt. Dabei unakzentuiert er dialektisch, wie man es eigentlich nur bei Leuten des Volkes hört. Trotzdem wird man gezwungen, diese Manier als erbaulich und aufregend zu schätzen. Die Stimme Bassermanns vibriert wie ein wehlagendes Instrument. Es ist die Stimme des merkwürdigen Menschen, dem man nur an besonderen Stücken oder Unglücksstagen begegnet und abergläubisch verehrt.

Das sind die äußeren Darstellungsmittel Albert Bassermanns. Alles ist bei ihm überbetont, auch seine Grazie gefällt sich in kostbarer Ueberbetreibung. Wir haben Bassermann einen überheblichen Aristokraten spielen sehen, einen Sonderling und Stücker, wie sie eigentlich nur noch in der Barocknovelle oder im gezeierten Theaterstück leben dürfen. Während man den Darsteller dieser Menschenstücker bewundern, erinnerte man sich, schon einmal in grauer Vergangenheit solchen Meister der zopfigen Beschnürselung begegnet zu sein. Wir erinnerten uns an Friedrich Haase, der ein außerordentlicher Techniker und Virtuose war. Doch der Schauspieler, der auf der Höhe seines Ruhmes solche Ueberbetreibung best, muß auch einmal die Blut des Gefühls verspürt haben. Diesen Ugrund entdeckten wir immer wieder in der Natur Bassermanns. Er verheiner niemals in seiner Virtuosität. Er zerlegt und zergliedert die Rollen in tausend Einzelheiten, doch er legt hernach das Mosaik der Empfindung und der Gedanken wieder so kunstvoll zusammen, daß ein vollkommenes Menschengeschöpf entsteht.

#### Lustspielhaus. („Filmromantik“ von Ludwig Fulda.)

Eine burleske Satire auf den Filmkunst und auf alle Sensation sollte geschrieben werden. Fulda ist so gut bei der Sache, daß er nur einen Schwanz zusammenbringt, der alle guten alten Mittel der Kaspionage verbraucht. Da diese Antiquitäten beliebter sind als gute Gedanken, fand der gezeierte Dichter ungeheuren Beifall. Fulda wird nachgefragt, daß er ein Feind der Ausländer sei, die Deutschland mit Stücken versorgen und den deutschen Dramatikern Brot und Ruhm wegnehmen. Es ist zweifelhaft, ob sein deutsches Lustspiel diese himmelschreienden Mißstände ändern wird. Die Komödie wurde launisch heruntergespielt mit Charlotte Anders, Ida Berry, Herrn Sabo und Herrn Ballot. Diese vier Künstler brühten ihre Rollen mächtig in das Gelächter des Parketts hinein, sie erdrückten aber auch die wenigen Pointen, die hier und da ausgespielt werden.

Die Suche nach dem Rieseneisener. Die Expedition der russischen Akademie der Wissenschaften, die zum zweitenmal nach Sibirien reiste, um den Meteorstein, der bereits im Jahre 1908 im Jenissei-Gouvernement niedergegangen ist, zu ermitteln, ist nunmehr nach Veningrad zurückgekehrt. Die Expedition wurde von dem Geologen A. Kuil geleitet. Das Niedergehen des Meteorsteins wurde auf einer Fläche mit einem Radius von über 800 Kilometern wahrgenommen und war von starken Erdschütterungen, die von dem Seismographen der Zerkutter Erdbebenwerte verzeichnet wurden, begleitet. Vermutlich wies der Meteorstein einige hundert Meter im Durchmesser auf. In den Städten Kirensk und Zimst, die von der Stelle, an der der Meteorit herabfiel, 400 Kilometer entfernt sind, wurde mehrmaliges donnerähnliches Geklöse vernommen und beobachtet, wie am Horizont eine Flammenäule und gewaltige Rauchwolken, wie sie bei einer Eruption wahrgenommen werden, entstanden. Der Urwald wurde auf einer Strecke von 600 Kilometer wahrscheinlich durch einen Wirbelsturm umgewelt. Die erste Expedition, die im Jahre 1921 die Nachforschungen nach dem Meteorstein aufnahm, konnte die betreffende Stelle nicht erreichen. Die Gegend, die durch das Niedergehen des Meteoriten in Mitleidenschaft gezogen ist, nimmt, wie die nunmehr zurückgekehrte zweite Expedition festgestellt hat, eine Fläche von einigen hundert Kilometern im Durchmesser ein und ist mit zahllosen Höchern in Form riesiger Trichter übersät. Jedes Loch hat einige Dutzend Meter im Durchmesser und ist einige Meter tief. In der ganzen Gegend ist der Wald vollkommen vernichtet. Alle Bäume sind entwurzelt und in regelmäßigen Rabulslinien, die vom Drie des Meteoritales auseinanderstreben, umgewelt. Der Wald ist überall angefangen. Die nächste Aufgabe ist eine Flugaufnahme dieser unzugänglichen Gegend und die Ausgrabung des Meteorsteins, der annähernden Berechnungen zufolge etwa 50 Millionen Pud wiegen und vermutlich aus Eisen, Nickel und Platin bestehen soll.

Galerie J. Casper, Kurfürstendamm 233, eröffnet am 11. September eine Kollektiv-Ausstellung von Arthur Grimm, Baden-Baden, welche Werke von 1907 — 1927 enthält; außerdem zeigt Erna Kähler, Cherode, zum erstenmal eine Anzahl Porträts und Landschaften.

Die Premiere von „Icolus und Cressida“ im Deutschen Theater ist auf den 18. September festgesetzt worden. Das Stück kommt in der Uebersetzung von Hans Kofke zur Aufführung. Regie Georg Hilpert, Bühnenbilder Arthur Pöhl, Musik Wolfgang Jeller.

# Der polnische Antrag in Genf.

Die Stellungnahme der anderen Länder.

Unser Genfer Berichterstatter V. Sch. meldet nachts 11 Uhr weiter (vgl. den Bericht auf Seite 1):

Der polnische Antrag dürfte auf den

Widerstand Englands

stoßen; beim heutigen Empfang der englischen Pressevertreter hat sich Chamberlain sehr entschieden gegen jeden neuen Pakt und gegen jeden Versuch, das Genfer Sicherheitsprotokoll von 1924 in irgendeiner Form wiederzubeleben, ausgesprochen. Die Polen vermuten allerdings, daß sich diese scharfe Abfuhr vor allem gegen den holländischen Vorschlag richtet, zumal die holländische Resolution noch weiter geht als das polnische Projekt. Andererseits soll Chamberlain den Polen gesagt haben, daß ihre Idee nur dann Aussicht auf Verwirklichung hätte, wenn sie auf die Einstimmigkeit der Versammlung rechnen könnten. Ob er damit versuchen wollte, die Verantwortung für ein Nichtzustandekommen im voraus Deutschland zuzuschreiben, bleibt dahingestellt.

Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß sich die deutsche Regierung jemals gegen das Protokoll geäußert hat. Dagegen ist es unbestreitbar, daß das Protokoll vor allem an England und an den Dominien gecheitert ist, und das neuerdings auch das imperialistische Italien zu seinen Gegnern zählt. Wenn also die politische Initiative an der mangelnden Einstimmigkeit scheitern sollte, so wird die Verantwortung dafür in erster Linie bei der konservativen Regierung Englands zu suchen sein. Deutschland dürfte sich dafür bedanken, die Rolle des Sündenbocks und des Störenfrieds zu spielen und dadurch seine Beziehungen zu Polen verschlechtern zu lassen. Am besten ließe sich das dadurch vermeiden, daß die deutsche Delegation sich sobald wie möglich ohne Rücksicht auf die Wahlbedürfnisse der englischen Tories zugunsten des allgemeinen Sicherheitsprotokolls von 1924 aussprechen würde.

## Stresemann soll bleiben.

V. Sch. Genf, 6. September. (Eigenbericht.)

Die deutsche Delegation hat heute abend in einer internen Sitzung, an der sämtliche Delegierten teilnahmen, beschlossen, daß Stresemann erst zu Beginn der nächsten Woche nach Berlin abreisen würde. Stresemann wird das Kabinett telegraphisch bitten, den Kabinettsrat über die Befolgungsvorlage um einige Tage zu verschieben.

## Gefängnis für die Demonstranten.

Genf, 6. September. (Zl.)

Das Genfer Korrektionelle Gericht verhandelte in den letzten Tagen gegen fünf Manifestanten, darunter zwei Italiener, die an den Ausschreitungen vor dem Biltzerbundesgebäude vor dem amerikanischen Konsulat teilgenommen hatten. Die Angeklagten wurden mit Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten bestraft. Ein Italiener wurde ausgewiesen.

## Apostel der Einheitsfront.

Oder: der Streit um die Invalidenkarte des kommunistischen Abgeordneten.

Vor dem Mannheimer Arbeitsgericht standen sich in diesen Tagen zwei Kommunisten einander gegenüber. Der eine in der Rolle des Unternehmers war der badische Landtagsabgeordnete Paul Schred, Mannheim, Sekretär für den Bezirk Baden, der andere in der Rolle des Klagenden Angefallene, der badische Landtagsabgeordnete Ritter, ehemals kommunistischer Parteiangestellter. Ritter klagte auf Herausgabe seiner Invalidenkarte zur Anforderung von Erwerbslosenerstützung. Beide stritten sich vor dem Arbeitsgericht nach Weisungen. Ritter forderte, daß die Bezirksleitung der KPD, den einfachsten sozialen Verpflichtungen nachkommen sollte, Schred drückte sich von der Verantwortung, indem er erklärte, daß die KPD keine juristische Person sei!

Ein seines Brüderpaar: der eine, der immer noch Landtagsabgeordneter ist, will zu den Landtagsabläuten noch Erwerbslosenunterstützung hinzubekommen und begründet die Forderung mit dem Hinweis darauf, daß die Diäten kein steuerpflichtiges Einkommen seien, der andere hat zwar die Invalidenbeiträge des Angefallenen entgegengenommen, will aber die Karte nicht herausgeben.

Schließlich einigte man sich dahin, daß Ritter die Klage zurücknahm und Schred sich bereit erklärte, eine Bescheinigung über die Abführung der von Ritter geleisteten Krankenversicherungsbeiträge herauszurücken.

Im badischen Landtag aber sitzen die beiden feindlichen kommunistischen Brüder einträchtig nebeneinander auf einer Bank! Das ist das Bild der kommunistischen Einheitsfront in der Praxis des Alltags.

## Unachtsamkeit bei Grenzmanövern.

Polen soll besser aufpassen.

Marlenwerder, 6. September. (W.B.)

Wie die „Weichselzeitung“ meldet, landete gestern abend gegen 7 1/2 Uhr ein polnisches Militärflugzeug bei Oberfeld, Kreis Marlenwerder. Bei der Landung wurde der Apparat stark beschädigt und die beiden Insassen, zwei polnische Bijsfeldwebel, erlitten leichtere Verletzungen. Sie gaben an, an den Manövern bei Komza beteiligt gewesen zu sein.

Wie die „Weichselzeitung“ weiter meldet, überschritt am Sonntag abend gegen 11 Uhr in der Gegend von Garnles eine polnische Patrouille von sieben bis acht Mann die Grenze längs der Straße Garnles—Herminendorf. Der Führer der Patrouille glaubte, sich noch auf polnischem Boden zu befinden. Die Patrouille gehört einer größeren Abteilung an, die im Graudenzter Gebiet an Manövern teilnimmt.

W.B. glaubt nach folgendes „melden“ zu müssen:

„Der Bevölkerung von Westpreußen hat sich infolge der Häufigkeit der Grenzverletzungen während der letzten Tage eine begründlich starke Erregung bemächtigt.“

Eine solche Erregung wäre kaum begreiflich, besteht auch sicher nicht und es ist auch gar kein Grund zu ihr. Wenn ein paar polnische Soldaten irrtümlich auf deutschen Boden traten, so ist das wirklich noch kein Unglück und schon gar keine Erregungsursache.

Genosse Dr. Hifferding nimmt zurzeit an der Interparlamentarischen Handelskonferenz in Rio de Janeiro teil und hat dort gesprochen. Auch Genossen aus anderen Ländern sind auf dieser Tagung.

Zehn rote Frontkämpfer sind bei Kertrade nach Holland einmarschiert. Sie wurden festgenommen und dürften wieder über die Grenze zurückgebracht werden.

# An den Katholikentag!

Ein katholischer Fachmann gegen Bekenntnisschulen.

Aus dem Buche eines echten Katholiken ist zu ersehen, daß auch im katholischen Lager nicht alle einer einhelligen Parteinahme für die konfessionelle Schule sind. Ernst Michel, der Leiter der Frankfurter „Akademie der Arbeit“, ließ bei Eugen Diederich eine Aufsatzsammlung „Politik aus dem Glauben“ erscheinen, in der er mit den wissenschaftlich-einwandfreiesten Mitteln nachweist, daß die Kirche in ihrer Starrheit und Herrschsucht sich gegen zugewandt hat, die sie nicht befähigen, der Industriemenschheit Führer in die Zukunft zu sein. Er verlangt eine tiefe Verlebung der Katholiken in die soziologisch-politische Problematik der Gegenwart und eine solche Umschmelzung ihres Bestandes durch Reubefuerung, daß sie sich durch Liebesdienst inmitten des Zeitgeschehens als Täter und Bewirklicher echten, weltumfassenden Christentums beweisen.

Dies Ringen eines ganzen Mannes um die Totalität von Mensch, Volk, Menschlichkeit und Heilslehre wird auf alle Fälle unsere Sympathie finden, auch wenn wir die Farbe seiner Weltanschauung ablehnen. Aber geradezu imponierend in der konsequenten Haltung erscheint uns Michels Stellungnahme zur konfessionellen Schule. Seine Argumente finden wir im Kapitel „Katholische Schulpolitik und christliche Zeitaufgabe“ seines Buches. Zitieren wir einiges daraus:

„Die Forderung nach der Bekenntnisschule bedarf ihrer Rechtfertigung... durch den tatsächlichen Beweis, daß katholische Religion befreiende Kraft für die eigentümliche Aufgabe der Schule auswirkt; dann aber auch vor dem Gewissen der Kirche selbst errungene Gewissheit, daß diese befreiende Durchdringung der Schulbildung nicht anders denn durch die Aussonderung besonderer Bekenntnisschulen aus dem Volk erfolgen könne.“ — „Die spezifisch religiöse Unterweisung... ist eine innerweltliche Angelegenheit — und hat mit dem Aufgabenbereich der Schule zunächst nichts zu tun. Die Aufgabe der öffentlichen Schule ist nämlich: den jugendlichen Menschen in das Leben des Volkes, in seine geistigen und leiblichen Ordnungen einzuführen, ihn durch sie zu bilden und für das zukünftige tätige Mitwirken die seelischen und geistigen Grundlagen zu schaffen. Bildung des jugendlichen Menschen durch den lebendigen Bestand und für die Aufgabe des Volksebens — diese zentrale Aufgabe der Schule aber ist die gleiche für alle Schichten des Volkes, für Katholiken und Nichtkatholiken.“ — „Absonderung ist für den Katholiken, gerade weil und wenn er aus den Kräften der Kirche lebt, die Sünde.“ — „Die Vertreter jener Auffassung (der konfessionellen Schule) treiben Kirchenpolitik mit weltlichen Mitteln, aber keine eigentliche Schulpolitik.“ — Der Standpunkt des kirchlichen Amtes, das wünscht (nicht bezieht), daß die Katholiken katholische Schulen besuchen und gründen, ist wesentlich aus der Verantwortung für das Seelenheil der Gläubigen begründet. Die Katholiken tragen aber auch Verantwortung für das öffentliche Leben in allen seinen Formen mit, und müssen sich in irdischen Situationen kraft eigenen Gewissens entscheiden... Auf den Geist und nicht auf den Buchstaben gesehen, gehen auch die bindenden Weisungen des kirchlichen Befehlsbuches nur auf die Sicherstellung des Religions-

unterrichts und der religiösen und sittlichen Erziehung.“ — — — „Es gibt nicht eine besondere katholische Bildung, Weltanschauung, Wissenschaft, Politik, Kunst usw., die den Inhalt besonderer katholischer Schultypen ausmachen könnten, sondern alle diese Ordnungen und Aufgaben gehören dem natürlich-menschlichen, eben dem geschöpften Reiche an.“ — „Bleibt noch die Frage, ob überhaupt heute die geistigen Voraussetzungen realiter vorhanden sind, um Bekenntnisschulen unter ihrer echten Aufgabe zu verwirklichen. Nur wenn sich die Bekenntnisschule als führend im ganzen Volk bewährt, nur wenn sie — immer vorausgesetzt, sie sei geschichtlich geboten — die Aufgabe der „Schule der Volksgemeinschaft“ wirklich leitend, weltöffnender, beherzter, mutiger und verantwortungsvoller, weil gläubiger erfüllt und verwirklicht als es sonst im Volk geschieht, überwinden kann, nur dann vermag sie den Kampf gegen sich zu überwinden.“ — „Es ist mit der Bekenntnisschule zunächst nur eine stärkere Verantwortung im Volk übernommen, die kein „Rechtsanspruch“ und kein Reichsschulgeseh mildern oder beseitigen kann: die katholische Bekenntnisschule steht und fällt mit dieser Verantwortungsübernahme. Dieser Verantwortung aber könnte... wahrlich nicht mit den bisherigen Methoden, etwa einem vom Religionsunterricht umrahmten, in religiösen Übungen eingebetteten weltlichen Unterricht üblicher Art genüge getan werden.“ — „Der Katholik... hätte sich deshalb vor allem, Schranken gegenüber seiner Umwelt zu setzen, die keinen heilsgeschichtlichen Notwendigkeiten entsprechen, sich in ein Gebiet zurückzuziehen, das eine katholische Welt neben der anderen abgrenzt. Denn die Ursünde ist die Absonderung.“ — Den Glauben in die Gemeinsamkeit des Volksschicksals wirkend einziehen, heißt aber für den Katholiken: auch die Schranken der Konfession, insofern sie in die irdischen Institutionen und Lebensbereiche hineingebaut sind, überwinden und die Glaubenskraft... gerade in der rückhaltlosen Begegnung mit Angehörigen aus allen Schichten und Bekenntnissen bewähren, die Schule, die Bildungsanstalten sind die Stätten, an denen sich diese Begegnung am tiefsten ermöglichen läßt.“ — „Der spätere Lehrer kann kein guter Volkslehrer sein, er kann nicht aus dem Volke lehren und für das Volk bilden und erziehen, wenn er nicht in dieser entformten, entvölklichten Zeit in einer Urzelle wehenden Volkstums, eben in einer aus allen Bekenntnissen und Schichten vertretenen geistigen Lebensgemeinschaft, wie sie die simultane Lehrerakademie werden kann und werden muß, gelebt und darin seine christliche Glaubenskraft wahrhaft als Erneuerungsquelle schon bewährt hat.“ — „Wir stehen also in einer Front, deren katholische Schulpolitik auf Abbau der sogenannten katholischen Bekenntnisschule hinauszielt!“

Dies man diese tapferen und unanfechtbaren Sätze eines absoluten Katholiken, so spürt man den Menschheitsgeist am Wehstuhl der Zeit und — bekommt Mut, weiterzutreten für die produktive Gesamtschule zur Welt und zum Volk, zur Gerechtigkeit und Klassenlosigkeit. Es leben uns viele Bündnisbereite im Volke. Wir müssen nur jedem seine Eigenart lassen, wenn er nur mit uns die Wege der Zukunft sucht. Dieser Katholik lehrt uns überzeugend: Keine Kompromisse mit diesem Reichsschulgeseh! In den Orkus damit! Kämpfen wir um die Verweltlichung der ganzen Schule! Paul Destrégh.

## Beamtenbefoldung und Reichsfinanzen.

Bayern meldet neue Forderungen an.

Zur Beratung über die finanziellen Auswirkungen der Befoldungsreform treten am kommenden Freitag die Finanzminister der Länder zusammen. Wie verlautet, wird vor allem Bayern, trotzdem es beim Finanzausgleich sehr gut abgeschnitten hat, aus Anlaß der Befoldungsreform mit neuen Geldforderungen an das Reich herantreten. Das Reichsfinanzministerium muß sich auf eine stürmische Aussprache in der Finanzministerkonferenz gefaßt machen.

Die Besprechungen des Reichsfinanzministeriums mit den Spitzenorganisationen der Beamten sind nun endgültig auf Donnerstag angelegt worden.

Das Reichskabinett hat bis jetzt noch nicht zu den Befoldungsplänen des Reichsfinanzministers Stellung genommen. Was man also den Spitzenorganisationen vorlegen wird, hat noch nicht den Segen des Reichskabinetts, in welchem die Einflüsse der Industrie und der höheren Beamten sehr wahrscheinlich härter zur Geltung kommen werden, als das, soweit man hört, bei den Befoldungsplänen Dr. Köhlers der Fall war.

## Voreilige Kombinationen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt zur Neuordnung der Beamtenbefoldung mit:

In preussischen Finanzministerium sind im Laufe der letzten Wochen verschiedene Entwürfe zu einer Befoldungsordnung aufgestellt worden, um festzustellen, welche Änderungen der bestehenden Befoldungsordnung notwendig sind, um eine gerechte und der Rolle der Beamten Rechnung tragende Befoldungserhöhung durchzuführen, und welche Erhöhungen der heutigen Bezüge für die Staatsfinanzen tragbar sind. Ähnlich ist im Reich zu verfahren. Diese Referentenentwürfe sind in den letzten Tagen Gegenstand eingehender Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem preussischen Minister gewesen. Es ist damit zu rechnen, daß eine grundsätzliche Einigung über die Erhöhung der Bezüge der vergleichbaren Gruppen zwischen dem Reich und Preußen erzielt werden wird. Der von Beamtenkorrespondenzen und Zeitungen veröffentlichte „vorläufige Referentenentwurf“ Preußens entspricht in keiner Weise dem im Finanzministerium aufgestellten Entwurf und ist geeignet, Hoffnungen zu erwecken, die mit Rücksicht auf die Finanzlage nicht erfüllt werden können. Der endgültige Entwurf der neuen Befoldungsordnung kann der Öffentlichkeit erst bekanntgegeben werden, wenn die Beschlussfassung des preussischen Staatsministeriums stattgefunden hat. Zuvor sollen jedoch noch Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen stattfinden.

## Zur bevorstehenden Mieterhöhung.

Ein demagogischer Antrag.

Die Bürgerblockregierung begann im Frühjahr ihre Tätigkeit mit der Anordnung, die Mieten am 1. April und am 1. Oktober um je 10 Prozent zu steigern. Diese Anordnung beruht auf einer Bestimmung des Geldwertengesetzes vom Jahre 1925, die gegen den Widerstand der Sozialdemokratie zustande gekommen ist. Auch die neue Anordnung der Reichsregierung ist im Reichstage von der Sozialdemokratie heftig bekämpft worden. Monatslang hat sie alle Mittel versucht, um die Erhöhung der Mieten

über die Friedensmiete hinaus zu verhindern. Aber alle Anstrengungen waren vergeblich. Die Regierungsparteien einschließlich aller sogenannten Arbeitervertreter unterstützten die Mieterhöhungen und lehnten die sozialdemokratischen Anträge ab.

An dieser Stellung halten die Regierungsparteien auch jetzt fest. Alle bürgerlichen Parteien wollen Mieterhöhungen, angeblich um den Wohnungsbau zu fördern, in Wirklichkeit um die freie Wirtschaft auch im Wohnungswesen herbeizuführen. Daher ist gar kein Zweifel daran, daß sie auch jetzt neue Anträge auf Unterlassung der Mieterhöhungen bedeutungslos ablehnen, zumal bereits durch früher bekannte Beschlüsse der Länder die Erhöhung um 10 Proz. am 1. Oktober fest beschlossen ist. Unter diesen Umständen hat ein Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion auf sofortige Einberufung des Reichstages zum 16. September, um zur Mieterhöhung Stellung zu nehmen, kaum Aussicht auf Annahme. Selbst wenn ihm aber stattgegeben würde, ließe sich auf diesem Wege die drohende Mieterhöhung bei der jetzigen Haltung der Regierungsparteien nicht vermeiden. Der Antrag der Kommunisten verfolgt also nur den Zweck, die Aufmerksamkeit der Wähler auf die von vornherein nutzlose Aktion zu lenken — ein Vergnügen, das man der KPD wohl gönnen kann, da sie es offenbar sehr nötig hat.

## „Lebhaftes Befremden.“

Eine milde Strafe.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, hat aus Anlaß der Vorfälle bei der Verfassungsfeier in Halle der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am Tage nach der Feier einen besonderen Untersuchungsausschuß nach Halle entsandt. Dieser hat eine erschöpfende Aufklärung des Tatbestandes vorgenommen. Auf Grund dieser Feststellungen hat der Minister dem Professor Wenzler sein lebhaftes Befremden darüber ausgedrückt, daß er durch Verleumdung des Sinnes der Verfassungsfeier ihren würdigen Verlauf unmöglich gemacht hat.

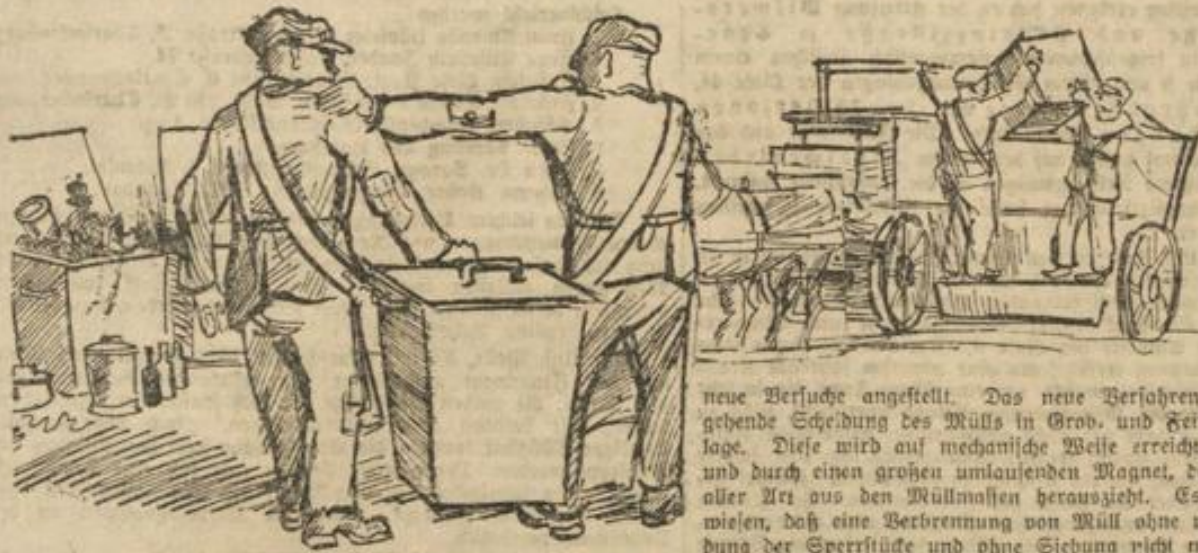
## Solgen völkischer Ausschreitungen.

Versammlungsverbot in Breslau.

Breslau, 6. September.

Das Polizeipräsidium Breslau teilt mit: Gestern abend wurde eine größere Stahlhelmabteilung beim Einmarsch in die Turnhalle aus dem Publikum heraus angepöbelt. In der Halle wurde festgestellt, daß zwei Leute fehlten. In dem Glauben, daß diese von der Menge festgehalten worden seien, stürmten die etwa 200 Stahlhelmeute entgegen den Befehlen ihrer Führer wieder auf die Straße, um die Leute zu suchen, und entzettelten dort unter Verwendung von abgeworfenen Koppeln und abgerissenen Zaunlaten eine große Schlagererei, wobei auch zwei Schüsse fielen. Die herbeigerufene gesamte Bereitschaft der Schutzpolizei griff sofort mit Gummiknüppeln ein und stellte in kurzer Zeit die Ruhe wieder her. Verschiedene Verhaftungen wurden vorgenommen. Aus Anlaß dieser Ausschreitungen hat sich der Polizeipräsident veranlaßt gesehen, bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, insbesondere alle Umzüge des Stahlhelms und der Frontsoldaten der Ortsgruppe Breslau und seiner Unterorganisationen im Stadtbezirk Breslau zu verbieten.





GOLD im MÜLL

Vor einiger Zeit brachten wir einen Artikel, der sich mit der Gesamtorganisation der Straßen- und Stadtreinigung befahte.

Wie ist die Müllabfuhr geregelt?

Die Berliner Müllabfuhr A.-G. ist ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb, deren Aktien sich zum großen Teil in den Händen der Stadt befinden.

Wie ist das Müll nutzbar zu machen?

Die Ablagerung des Mülls erfolgt auf ebenen Flächen, verpumpten Wiesen, Lüchen oder Tiefläcken. Auf diese Weise werden große Flächen der Bewirtschaftung wieder erschlossen.

neue Versuche angestellt. Das neue Verfahren hat die vorhergehende Scheidung des Mülls in Grob- und Feinmüll zur Grundlage.

Verwendung in der Landwirtschaft.

Das Berliner Hausmüll enthält reichlich Kalk und verschiedene andere chemische Bestandteile, die sich bei Verbrennung von bisher unfruchtbarem Sand- oder Moorboden als Düngemittel vorzüglich eignen.

Die Müllbeseitigung.

Ebenso wichtig wie die Beseitigung der flüssigen Ausscheidungen der Großstadt ist die der festen Abgänge des Hausmülls.

der Hof zur Verfügung. Ringsherum um diese Höfe menschliche Wohnungen, in denen zahlreiche Familien eng aneinandergepfercht hausen müssen.

So werden die scheinbar unnützen Abgänge der Großstadt wieder im Interesse allgemeiner Wohlfahrt verwendet.

Das Martyrium eines Kindes. Zu Tode geprügelt.

Das erschütternde Martyrium eines Kindes enthält die Anklage, die jetzt gegen das Ehepaar Rubsch erhoben worden ist.

Frau Rubsch selbst brachte eines Abends ihren kleinen Sohn in bewußtlosen Zustande in das Krankenhaus, wo er dann am nächsten Tage, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb.

Die Silberchwärme

Von Rex Beach (Nachdruck verboten)

„Wir haben zu Ihnen gehalten, Kapitän.“ sagte Emerson eindringlich, „als man Ihnen in Seattle beim Baden Schwierigkeiten machte.“

Das Polizeiboot war jetzt so nah gekommen, daß man einen Gegenstand hinüberwerfen konnte.

Emerson, der die Situation sofort erfaßt hatte, schrie ebenso laut, daß andere Ohren es hören konnten.

„Zum Teufel noch eins! Das ist Meuterei!“ Rufen Sie es, wie Sie wollen.“

„Das ist stark, das ist unerhört!“ polterte der Kapitän, um darauf etwas ruhiger hinzuzufügen: „Aber es scheint, daß ich auf meinem eigenen Dampfer nichts mehr zu sagen habe.“

„Sagen Sie denen da unten, daß sie zur Hölle fahren sollen!“ brummte Bolt aus dem offenen Kajütenfenster über ihren Köpfen.

Aus dem Boot klangen Flüche heraus, und aus den Fenstern der Deckajüte kamen Köpfe zum Vorschein.

„Warum stoppen Sie nicht?“ fragte eine Stimme. Kapitän Peasley trat an das Geländer der Brücke und rief hinunter: „Ich kann nicht stoppen.“

Er erteilte einen Befehl, worauf das Licht des Scheinwerfers einen Bogen durch die Dunkelheit beschrieb und verschwand.

Die Polsterbank steuerte davon, der Laut des Motors wurde schnell schwächer und schwächer.

„Jetzt wollen wir essen.“ sagte er. „Ja.“ stimmte sie bei, „und trinken.“

„Wir wollen auf Frasers Wohl trinken.“ sagte er.

Eine Woche später legte die „Bedford Castle“ nach einer Reise über ein spiegelglattes Meer, in dem nebligen Hafen von Umalasta an.

Die fliegende „Coonies“, die ihnen von Flottillen gelost waren, blieben beim Anblick des vulkanischen Festlandes zurück und statt dessen flogen Tausende von Seepapageien vor dem Steven des Schiffes.

Die Kapitäne des Schiffes ins Meer und hüpften von Welle zu Welle, wie Knaben, die über Steine springen.

Kapitän Peasley hatte gehofft, hier am Eingang zu dem nebligen Meere, etwas über die irdischen Eisberge zu erfahren.

Die „Bedford Castle“ hatte einen Stahlrumpf und die Schiffswände waren wie Eierstöcke verdrückt worden.

„Die Kapitäne des Schiffes ins Meer und hüpften von Welle zu Welle, wie Knaben, die über Steine springen.“

„Die Kapitäne des Schiffes ins Meer und hüpften von Welle zu Welle, wie Knaben, die über Steine springen.“

„Die Kapitäne des Schiffes ins Meer und hüpften von Welle zu Welle, wie Knaben, die über Steine springen.“

kommen konnten. Schließlich legten sie den Kurs nach Süden, um dort noch einmal ihr Glück zu versuchen.

„Das ist die „Juliet“,“ teilte George seinen Begleitern mit, „ein Frachtschiff der Vereinigten Nordamerikanischen Konferenzen-Gesellschaft.“

„Das Schiff lud, als wir Seattle verließen,“ bemerkte Bond.

„Es ist Willi Maris's Schiff.“ sagte Cherry, „wahrscheinlich ist er selbst an Bord.“

„Was hat er davon?“ fragte Clyde, „die Fischschwärme kommen ja erst in sechzig Tagen.“

Emerson und Bolt suchten nur die Achseln. Für Cherry Malotte war diese Reise wie ein Märchen gewesen.

Zwei Tage, nachdem die „Juliet“ aufgetaucht war, entdeckten sie noch ein zweites Segelschiff der B.N.C.

Bei Sonnenuntergang waren sie in der breiten Flußmündung des Alutikflusses unter; das Rassen ihrer Ankerkette unterbrach das Schweigen.

„Das Kreuz auf der kleinen weißen Kirche blühte in der Abendsonne.“

„Das Kreuz auf der kleinen weißen Kirche blühte in der Abendsonne.“

„Das Kreuz auf der kleinen weißen Kirche blühte in der Abendsonne.“

(Fortsetzung folgt.)

# Zusammenstoß zwischen Autobus und Straßenbahn.

Drei Schwer- und etwa 25 Leichtverletzte.

Gestern nachmittag ereignete sich an der Kreuzung Wilmersdorfer Straße und Pestalozzistraße zu Charlottenburg ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Autobus der Linie 9 und einem Straßenbahnwagen der Linie 44, bei dem drei Fahrgäste schwere und etwa 25 Personen leichte Verletzungen davontrugen. Die Feuerwehr und das städtische Rettungswesen hatten auf den Alarm „Menscheneben in Gefahr“ mehrere Rettungswagen an die Unfallstelle entsandt. Ein starkes Schuttpolizeiangebot hatte die Unfallstelle in weitem Umfange abgesperrt.

Zu dem Unglück, das an den schweren Straßenbahnunfall in Wien am letzten Sonntag erinnert, wo annähernd 60 Personen verletzt wurden, wird noch folgendes mitgeteilt: Gegen 15 Uhr näherte sich der Straßentaxi Pestalozzistraße und Wilmersdorfer Straße ein Autobus der Linie 9. Der Autobus hatte etwa die Mitte der Kreuzung erreicht, als eine vor ihm fahrende Kraftdroschke plötzlich abstoppen mußte, um eine ältere Frau, die in sehr unvorsichtiger Weise die Wilmersdorfer Straße überquerte, nicht zu überfahren. Der Führer des dicht aufzufolgenden gutbefehligen Autos mußte ebenfalls scharf bremsen und gleichzeitig eine scharfe Linkswendung machen, um ein Unglück zu verhindern. Hierbei geriet der Autobus über die Mitte des Fahrweges. Am gleichen Augenblick nahte aus entgegengesetzter Richtung eine Straßenbahn der Linie 44 heran. Der Führer setzte sofort die Bremse in Tätigkeit. Er konnte jedoch nicht mehr verhindern, daß beide Fahrzeuge mit großer Wucht zusammenstießen. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß die eine Seite des Autos eingedrückt und die Motorhaube weggerissen wurde. Auch die Straßenbahn wurde schwer beschädigt. Der Fahrgast, der von ihren Sitzen geschleudert wurden, und über die ein Hagel von Glas- und Holzsplittern niederging, bemächtigte sich eine Panik. Mehrere Personen wurden vom Autobusdeck auf das Straßenpflaster geschleudert. Laute Hilferufe ertönten aus dem Innern der Wagen, und die Fahrgäste, soweit sie nicht schwer verletzt waren, stürzten den Ausgängen zu. Schuttpolizeibeamte und Postanten bemühten sich sofort um die Verletzten und sorgten für ihre Ueberführung zur Rettungswache in der Kaiser-Friedrich-Straße. Von 14 Personen, die dort behandelt wurden, mußten drei in das Westender und ein Verletzter in das St.-Hildegard-Krankenhaus gebracht werden.

Schwer verletzt wurden:

1. der Führer der Straßenbahn, Felix Stahl (Schnittwunden);
2. der Führer des Autobus, Max Kuhner, Gleimstr. 36 (schwere Kopfverletzungen);
3. Student Felix Ober, Pantow, Görlichstr. 41 (schwere Kopfverletzungen);
4. Reisender Kurt Mittelstädt, Rostocker Str. 15 (schwere innere Verletzungen).

## Der Griff in die Kasse.

125 000 Mark unterschlagen.

Unterschlagungen in Höhe von 125 000 Mark führten den Bankbeamten Georg Richter vor das Große Schöffengericht Berlin-Mitte. Der junge Mann sollte nach erfolgreicher Beendigung seiner Lehrzeit in einer Berliner Großbank entlassen werden. Da er sich jedoch besonders bemüht hatte, bemühte sich die Direktion um sein Fortkommen, und durch ihre Empfehlung bekam er auch in einem anderen Berliner Bankhause eine neue Stellung.

Da er auch hier durch seinen an den Tag gelegten Fleiß und seine Tüchtigkeit der Empfehlung alle Ehre machte, erward er sich schnell das größte Vertrauen, so daß ihm bald sämtliche Auszahlungen übertragen wurden. Sein Unternehmungsgeist scheint aber zu groß gewesen zu sein, denn neben seiner Tätigkeit in dem Bankhause betätigte er sich in Höhe von 10 000 Mark an einer Metallwarenfabrik. Das wurde sein Unglück, denn als dieses Unternehmen nicht recht ging, entnahm er 9000 Mark aus der Kasse und steckte sie in seine Metallwarenfabrik hinein. Da dieses Geld der Fabrik auch nicht auf die Beine half, ging es so, wie es meistens in solchen Fällen geht. Der Angeklagte tat immer von neuem einen Griff in die Kasse und versuchte schließlich, um die Fehlbeträge weitzumachen, sein Glück auf der Rennbahn. Der Erfolg war aber nur, daß er ein Loch mit dem anderen zutopfte, bis schließlich sein Treiben entdeckt wurde, als das Konto schon die genannte Höhe erreicht hatte. Mit neun Monaten Gefängnis soll er es jetzt büßen. Ob dafür Bewährungsfrist zugewilligt wird, ließ das Gericht gestern noch dahingestellt.

## Kleingärtner Sommerernte.

Es gibt immer noch eine Menge Leute, die die Kleingärtnererei wohl als feiertäglichen Ruhe-Weiß gelten lassen, der Landbewegung aber ungefähr den Rang der „Baltongärtnererei“ einräumen. Sogar unter denen, die berufen sind, das ernste und wirklich ernst zu nehmende Schaffen der Siedler öffentlich zu publizieren, gibt es noch solche Analphabeten, die beim Besuch der diesjährigen Gartenbau-Ausstellung im Gesellschaftshaus Pantow buchstäblich Augen und Ohren aufsperrten, als sie die überreiche Fülle von Obst, Gemüse und Tierpflanzen bewundern konnten. Doppelt ist ja der Erfolg zu werten, wenn man die Mühe bedenkt, die daran gewandt werden mußte, ein in den meisten Fällen ganz minderwertiges Land — Sumpf, Schutthausen, Sandboden mit Steinen durchweicht usw. — zu einem fruchtbaren Boden umzuwandeln. Wer heute all das gesundheitsstrotzende Obst und Gemüse, das sich oft in wahren Riesensorten präsentiert, sieht, daneben die verschiedenen farbenfrohen Gartenblumen, prächtige Dahlien, Rosen, Astern u. a. m., kann sich kaum vorstellen, daß man all das einem Brachland abgerungen hat. An der wirklich wohlgeplanten Ausstellung haben sich über 30 Pflanzervereine beteiligt und die besten Leistungen wurden durch Ehrenpreise, gestiftet von den Ministerien, Vereinen und Verbänden, ausgezeichnet. Den ersten Preis, die goldene Medaille des Reichsoberverbandes und eine silberne Bowle, erhielt der Verein „Nordpol“; den 2. Preis, bestehend aus einer silbernen Medaille und einem silbernen Pokal, der Kleingärtnerverein der Stadt Berlin, Nordend; außerdem gelangten noch viele Medaillen und allerlei nützliche Gebrauchsgegenstände für den Gartenbau zur Verteilung. Außer den landwirt-

Leichtverletzt wurden:

1. Frau Amanda Häufeler, Bismarckstraße 28, Charlottenburg.
2. Frau Elisabeth Zander, Colanderstraße 14.
3. Fräulein Clele Pohl, Weinstraße 6, Charlottenburg.
4. Fräulein Emma Dämmichen, Wallstraße 90, Charlottenburg.
5. Siegfried Kambeth, Siebdruckstraße 4.
6. Frau Sperling aus Hamburg.
7. Frau Dr. Saraga, Schweißstraße 4, Halensee.
8. Johann Kober, Zeppelinstraße 103, Spandau.

Bei den leichten Verletzungen handelt es sich meist um Schnittwunden, Quetschungen und Nervenschläge. Nach ärztlicher Behandlung und Anlegung von Rotverwänden konnten die Verletzten in ihre Wohnungen entlassen werden. Eine größere Zahl von Leichtverletzten, deren Namen nicht sofort festgestellt wurden, begaben sich in privatärztliche Behandlung.

Die Unfallstelle, die mit Glascherben dicht überfät war, wurde von der Feuerwehr aufgeräumt. Es kostete die Feuerwehrleute viel Mühe, die beiden Fahrzeuge, die sich ineinander festgefahren hatten, mit Winden auseinanderzubringen. Nach über einhalbstündiger Tätigkeit konnten die Straßenbahn und der Autobus abgeschleppt werden. Der gesamte Verkehr war fast eine Dreiviertelstunde völlig lahmgelegt. — Der Leiter des städtischen Rettungswesens, Dr. Paul Frank, leitete die Hilfsmaßnahmen an der Unfallstelle persönlich.

Dieser Vorfall ist ein Musterbeispiel für die Verantwortlichkeit, die auch der Fußgänger im Straßenverkehr der Großstadt hat. Hier wurde durch das ungehörige Verhalten einer Fußgängerin ein Unglück herbeigeführt, das unter Umständen sogar den Tod mehrerer Menschen hätte nach sich ziehen können.

## Was die Abog sagt:

Am Dienstag nachmittag ereignete sich in Charlottenburg auf der Kreuzung der Wilmersdorfer und Pestalozzistraße ein Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einem Straßenbahnwagen. Bei dem Verstoß, einer älteren Dame, die den Fahrdamm der Wilmersdorfer Straße sehr unvorsichtig überschritt, auszuweichen, mußten eine Kraftdroschke und der hinter ihr fahrende Omnibus plötzlich bremsen und gleichzeitig scharfe Wendungen ausführen. Dabei geriet der Führer des Omnibusses, der vor allem darauf bedacht war, die Dame zu schonen, wenige Zentimeter über die Mitte des Fahrweges hinaus nach links und stieß mit einem ihm entgegenkommenden Triebwagen der Straßenbahn zusammen. Die linke vordere Ecke der Karosserie des Omnibusses wurde eingedrückt, und zehn Fahrgäste des Omnibusses und einige Fahrgäste der Straßenbahn sowie der Fahrer des Omnibusses durch Glasplitter und Quetschungen verletzt.

schäftlichen Produkten wird auch noch eine Musterlaube gezeigt, mit vorgezeichneten Bauplänen und genauester Kostenberechnung. Die Ausstellung gibt ein herabes Zeugnis davon, wie sehr all die Menschen an ihrem Stückchen Land hängen und wie sie körperlich und seelisch erstarren im befreiten Aufatmen erhöhter Lebens- und Arbeitsfreude.

Am Sonntag, dem 11. September, beginnt in den Räumen des Lustkum, Berlin-Regel, Hauptstraße, direkt am Tegeler See gelegen, die vierte Kleingartenbauausstellung, verbunden mit einer umfangreichen Kleintier- und Bismobenausstellung. Die Ausstellung gliedert sich in drei Abteilungen, in denen neben Obst und Gemüse auch wieder die in der Kriegs- und Nachkriegszeit so ins Hintertreffen geratenen Blumen eine besondere Rolle spielen werden. Außerdem wird eine Abteilung auch Gartenschulung und deren sachgemäße Bekämpfung zeigen. Statistik, Vortragsmappen über Typenlauben sind natürlich nicht vergessen und geben dem Kleingärtner Anleitung zur Verschönerung seiner Parzelle. 23 Vereine beteiligen sich an dieser Ausstellung, und die verschiedenen Behörden, wie z. B. Landwirtschaftsministerium, Landwirtschaftskammer, Magistrat usw. haben Preise und Urkunden für die besten Leistungen, auch auf dem Gebiete der Kleintierzucht, die sich mehr und mehr auf Kaffeezucht erstreckt, zugesichert. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf. pro Person, Kinder unter 14 Jahren in Begleitung Erwachsener sind frei. Die Eröffnung der Ausstellung erfolgt um 2 Uhr, und hiermit werden alle Freunde und Förderer des Kleingartenwesens hierzu besonders eingeladen.

## Geheimnisvolle Schädelkunde.

Gestern nachmittag stießen Arbeiter bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Bahngelände in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Gesundbrunnen in etwa 4 Meter Tiefe auf zwei menschliche Schädel, die noch sehr gut erhalten waren. Die alarmierte Kommissionsstelle leitete, daß die Schädel seit etwa vier bis sechs Jahren im Erdreich lagern müssen. Weitere Nachgrabungen nach anderen Skeletteilen blieben ergebnislos. Die Schädel wurden zur genaueren Untersuchung beschlagnahmt.

Vom Haisersack erschlagen. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich bei der Potsdamer Feuerwehr ereignet. Die Wehr übte am Steigturm, um von hier aus die Festigkeit des Sprungtuches zu erproben. Dabei wurden gefüllte Haisersäcke heruntergeworfen. Ein Soldat statt des Sprungtuches der 30-jährigen Feuerwehrmann Richter. Dabei trug er einen Bruch des Rückgrats davon. R. ist seinen Verletzungen erlegen.

## „Russenschäden in Gefahr!“

Der „Verband der Reichsdeutschen aus Rußland“ hielt in den Schubertgärten in der Bülowstraße eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Dieser Verband weist immer wieder auf die Notwendigkeit hin, daß alle Rußlandsgefährdeten sich zusammenschließen müssen, um den Verfall der Regierung, die Rußlandsgefährdeten besonders stiefmütterlich zu behandeln, abzuwehren. Rechtsanwalt Dr. Ullrich berichtete über das Thema „Rußlandschäden in Gefahr“. Er nannte das, was die Reichsregierung plant, für einen Rechtsstaat völlig unmöglich und im Widerspruch stehend zu dem Worte des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Staates sein müsse. An die Stelle des bisherigen Verwaltungsvorfahrens müsse ein neues Verfahren gesetzt werden, das sich auf Rechtsgrundsätzen aufbaue. Der Redner verlangte erhöhte soziale Fürsorge für die Rußlandsgefährdeten, Witwen und Waisen, sowie Wiederaufbaubehilfen. Sandikus Dr. Füll referierte über den Regierungsentwurf zum Reichsliquidationsgesetz, das nach dem Wiedereintritt des Reichstags zur Beratung stehen wird. Das Verhalten des Reiches sei unanständig, und es sei bedauerlich, daß selbst die beiden Reichsminister, die am meisten an einem Wiederaufbau des Auslandsschutzrechts interessiert seien, Dr. Stresemann und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, dem Entwurf zustimmen haben. Gegen den Entwurf muß ein uner müßlicher Kampf geführt werden. Dem Ziel, die Rechte der Auslandsdeutschen durchzusetzen, soll auch eine Kundgebung im Sportplatz dienen, an die sich ein Umzug durch den Berliner Westen anschließt. Scharfe Worte fanden die Redner gegen den „Bund der Auslandsdeutschen“, der flau und energielos in der Interessengruppentretung des Auslandsdeutschtums sei und sich dafür in gesellschaftlichen Veranstaltungen erschöpfe.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierte am gestrigen Tage unser Abonnent Max Grahl, Gohlstr. 24, mit seiner Frau.

„fressen!“ Schließlich hatte das unglückliche Kind solche Angst, daß es immer, wenn es die Mutter kommen sah, sich nach machte und flehend rief: „Mutter, nicht schlagen!“ Die Antwort waren nur Schläge mit irgend etwas, was sie gerade zur Hand hatte. Die Anzeiger beim Jugendamt nützte nicht viel, und erst der Tod befreite das Kind von seinen ungeheuerlichen Qualen. Die Mutter bestreitet nun die groben Mißhandlungen und behauptet, daß das Kind am letzten Tage in der Küche vom Stuhl gefallen sei. Zu ihrer Entlastung wird angeführt, daß sie äußerst hysterisch sei, was ihre Verantwortlichkeit fraglich erscheinen lasse. Deshalb wird die Rabennutter auch gegenwärtig auf ihren Geisteszustand untersucht. Der Ehemann ist auf Antrag der Verteidigung aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden. Für ihn soll der Beweis geführt werden, daß er nicht an den Mißhandlungen beteiligt war und nichts davon wußte, weil ihm auf sein Befragen die Frau immer falschen Bescheid gab.

## Neues aus Schöneiche.

Bei einem altpreussischen Rittergutbesitzer.

Beghin berichteten wir über eine nationalstiftische Wasterrade, die auf dem Rittergut Schöneiche unter der Leitung des Majors a. D. Lyons stattfand. Heute sind wir leider gezwungen, auf eine erstere Angelegenheit eingehen zu müssen. Unter den Kindern der Gutschule von Schöneiche ist nämlich eine Diphtherieepidemie ausgebrochen, die erklärlicherweise unter der Bevölkerung große Aufregung hervorgerufen hat.

Ein Junge von 13 Jahren und ein siebenjähriges Mädchen sind der Krankheit bereits erlegen, eine Anzahl weiterer Kinder befindet sich im Krankenhaus. Die Schule ward auf kreisärztliche Anordnung hin geschlossen, aber die Öffentlichkeit erhielt hiervon erst nach einigen Tagen Kenntnis. Eltern der Kolonie entschlossen sich schon vorher, als die ersten Gerüchte aufstauten, ihre Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken, bis über die Ausdehnung der Seuche Klarheit herrsche. Mit Recht macht man den Behörden den Vorwurf, daß es verantwortungslos war, den Ausbruch der Seuche so lange geheim zu halten, und man sieht hierin vielleicht nicht ohne Grund eine Liebedienerei gegenüber der Rittergutsbesitzer. Empörung erregte, daß der Vertreter des Amtsverwalters den traurigen Ruf fand, den Eltern eines der gestorbenen Kinder den Vorwurf der Unsauberkeit zu machen. Vorwürfe über Unsauberkeit treffen im Falle Schöneiche einzig und allein die Gutsverwaltung. Die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter sind so miserabel, daß sie jeder Beschreibung spotten. In vielen Behausungen läuft das Wasser an den Wänden herunter, so daß die Räume. Für jeden antiseptischen Kamin ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden, aber um anständige Wohnungen für die Landarbeiter kümmert sich die Gutsverwaltung nicht. Fehlen doch bisher sogar die Mittel bei diesem „notleidenden Agrarier“, in die Landarbeiterwohnungen eine Wasserleitung einzubauen. Das sogenannte „Wasser“ wird aus einem Brunnen geschöpft, der eine gelbe, oftmals stinkende Flüssigkeit liefert. Auch die Gutschule entspricht durchaus nicht auch nur den geringsten sanitären Anforderungen. Wer dieses Gebäude von der Straße sieht, hält es für einen Schuppen, in dem man allenfalls das Vieh, aber keine Schulkinder unterbringt. Alle Fenster der Schule liegen nach dem Norden, so daß kein Sonnenstrahl eindringt. Direkt an der Schule führt ein Wassergraben vorbei, der direkt vom Gute kommt; in ihm findet sich aber meistens nur Jauche, die aus den Viehställen des Herrn Großgrundbesitzers herkommt. Den Duft kann man sich vorstellen! Selbst ein bürgerlicher Vertreter erhob hierüber in der letzten Gemeinderatssitzung bittere Klage. Offensichtlich hat die Gutsverwaltung Schöneiche Räume genug zur Verfügung. Freilich nicht für Schulkinder oder Arbeiter, wohl aber für den Militärverein, dem ein besonderes Geschäftszimmer zugewiesen wurde!

Der Ausbruch der Seuche in Schöneiche ist ein neuer Beweis für die tsaristischen Verhältnisse, unter denen die Landarbeiterschaft bei der anstößigsten Einstellung der meisten Großgrundbesitzer zu leiden hat. In die Welt hinaus schreit das Junkerium über den Mangel an Landarbeitern, aber besser als die Menschen behandelt es das Vieh. Wir hoffen, daß die zuständige Aufsichtsbehörde, auch gegenüber Großgrundbesitzern von falscher Rücksichtnahme undbeinstuft, ihre Pflicht nicht veräumt und energisch eingreift, um den unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen!

## Unterschlagungen bei dem Finanzamt Neutölln.

Unter der Anklage der schweren Amtsentziehung hatte sich der Vollziehungsbeamte Wengel vom Finanzamt Neutölln vor dem Großen Schöffengericht Neutölln zu verantworten. Von den Vorgesetzten erhielt der Angeklagte Vollstreckungsbefehle, auf Grund deren Wengel rückständige und fällige Steuerbeträge einzuziehen hatte. Der Angeklagte, ein gelernter Kaufmann und 66 Proz. kriegsbeschädigt, hatte aber auch die Anweisung erhalten, täglich abzurechnen. Durch geschickte Manipulationen verstand er es, die eingezogenen Beträge, die sich meist auf über 100 Mark beliefen, zu unterschlagen und sie teilweise erst nach Monaten durch neu eingezogene Gelder zu decken. Dreiundzwanzig derartige Fälle waren ihm zur Last gelegt. Durch den Zufall, daß eines Tages ein anderer Beamter des Angeklagten Aufträge ausführte, kam der Schwindel heraus. Nun waren dem Angeklagten die Schulden auch schon über den Kopf gewachsen. Wengel verleidete sich damit, daß er nicht die Absicht gehabt habe, sich zu bereichern, da er die unterschlagenen Gelder immer wieder erhalte, bis die Sache herauskam. Das Gericht verurteilte den noch nicht vorbestraften Angeklagten wegen schwerer Amtsentziehung zu sieben Monaten Gefängnis anstatt einer an sich verwirkten Justhausstrafe. Die mildernden Umstände erblickte das Gericht darin, daß dem Beamten die Rechtswidrigkeit seines Handelns nicht klar war. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

## Der angebliche „Brunnfaal“.

Auf dem Grundstück des Opernhofes am Platz der Republik wird ein Saalgebäude errichtet, das den Besuchern des sogenannten Krollgarens bei ungünstigem Wetter Unterkunft gewähren und im Winter zur Abhaltung von Ballsportveranstaltungen dienen soll, zugleich auch Räume für die Aufbewahrung von Theaterrequisiten enthält. Wie der Amlicke Preussische Pressedienst erzählt, wird der Bau von der Firma Häuveler & Altinger-Gesellschaft Wolf Sommerfeld ausgeführt, welche die zur Ausführung erforderlichen Mittel darlehensweise von Privatbanken beschafft hat. Die zur Verzinsung und Tilgung des Darlehens erforderlichen Jahresbeträge werden nach einem von der Generalverwaltung der Staatstheater abgekauften Beträge aus dem von dem Pächter des Gartens zu zahlenden Pachtzins gedeckt.

Dachstuhlbrand in der Heidestraße. In dem Dachstuhl eines Fabrikgebäudes in der Heidestraße 14 in Moabit brach gestern nachmittag aus noch ungeklärter Ursache Feuer aus. Die Feuerwehr, die mit mehreren Löschzügen unter Leitung des Baurates Lindner an der Brandstätte erschien, mußte eine Stunde lang aus drei Schlauchleitungen Wasser geben. Es gelang, den Brandherd rechtzeitig zu lokalisieren, so daß eine größere Ausdehnung des Feuers verhindert werden konnte.

„Ein neuer Beamtenbankstand?“ Zu dem Artikel in der 1. Beilage unserer Morgenausgabe vom 2. September „Ein neuer Beamtenbankstand? Was geht bei der „Bank“ und der Berliner Beamtenvereinigung vor?“ wird uns mitgeteilt, daß es sich nicht um eine neue Angelegenheit handelt, sondern um dieselbe Sache, die bereits von uns in unserer Morgenausgabe vom 25. Juni berührt worden ist. Allerdings handelte es sich damals nur um eine einseitige Darstellung. Die Klärung der Dinge wird in einer Reihe von Zivil- und Strafprozessen erfolgen, die im Gange sind.

# Funkwinkel.

Die Uebertragung von Sullivans Operette „Der Mikado“ aus dem Großen Schauspielhaus mußte ein Fehlschlag werden. Die Aufführung des Werkes, die seinen Hauptwert für die Funzhörer ausmacht, wird bei der Aufführung im Großen Schauspielhaus zurückgestellt zugunsten einer glänzenden japanischen Aufführung. Wirkliche Sänger gibt es hier kaum. Rollenbergs, Wendows, Sjöle Szatals Klaffige Typen wirken aber nur auf die Zuschauer. Für die Funzhörer fallen einige Witze, selten ein einträglicher Coupletversatz an. Das ist für einen langen Abend zu wenig. Das Nachmittagskonzert von Dr. Beecks Kammerorchester wurde aus dem Haus der Funkindustrie hervorragend gut übertragen. Die Instrumente klangen sämtlich rein und voll. Der Tag stand im Zeichen eines besonders günstigen Rundfunkwetters. Auch die Funkübertragungsversuche aus einem Flugzeug kamen dabei, von wenigen Störungen abgesehen, recht gut heraus.



# Privatmonopol oder Staatsgeschäft?

Die Vube-Dame-König-Aff.-A.-G., Straßund.

In Deutschland haben sich während der letzten Jahre eine ganze Reihe privater Monopole entwickelt. Sie mögen vielleicht nicht immer den Markt hundertprozentig beherrschen, aber sie beherrschen ihn durch das entscheidende Übergewicht ihrer Erzeugung. Vom Linoleum bis zur Dachpappe und vom Edelstahl bis zur Senfe haben wir zusammengefaßte Unternehmermacht, die die Preise bestimmt und den Markt beherrscht.

## Allerlei Privatmonopole.

Die Herrschaftsorganisation ist bei diesen Monopolen verschieden. Der einfache Fall stellt sich in Zusammenfassungen dar, die als Einkaufs- oder Verkaufszentralen firmieren. Der höher entwickelte Zustand ist die Zusammenfassung der Gesellschaften in einem leitenden Mutterunternehmen. Eine andere Art von Monopol ist dasjenige, das von vornherein auf dem Markt konkurrenzlos, gemessen nach Bedarf sich in seinem Machtbereich ausbreitet, im Sonderfall unter Umständen auch die Konkurrenz für einige Zeit neben sich leben läßt. Dieser Art privatkapitalistischer Machtbildung ist z. B. der schwedisch-amerikanische Säbholzkonzern verwandt, der sich, bevor das sogenannte Sperrgesetz kam, in seinen Dispositionen nach einem großangelegten einheitlichen Herrschaftsplan richtete. Wir haben aber in Deutschland auch noch eine andere Art faktischer Monopole. Das interessanteste und rentabelste, zugleich aber sehr wenig beachtete, ist

## Das Monopol der Spielkartenerzeugung.

Die Spielkarte ist sehr alt. Seit Entwicklung der Buchdruckerkunst wurde sie ein einträgliches und ziemlich regelmäßig beschäftigtes Gewerbe. Deswegen war es überdies auch schon seit dem 16. Jahrhundert — zuerst in Frankreich — ein beliebtes Stempelsteuerobjekt. In Preußen hatten wir bis 1838 sogar ein Spielkartenmonopol.

Schon vor dem Kriege konzentrierte sich die deutsche Spielkartenerzeugung ständig mehr um die Vereinigte Straßunder Spielkarten-Fabrikanten A.-G. Sie hatte damals ihre Arbeitsstätten in Straßund, Halle a. d. Saale und in Altenburg. Das Unternehmen war 1872 mit einem Aktienkapital von 300 000 Talern gegründet worden, hatte aber 1913 schon 1,4 Millionen Mark Aktienkapital, außerdem waren seither in ihr dreizehn alljährlich weitere Einzelunternehmen der Spielkartenbranche aufgegangen.

## Soll und Haben.

Von 1908 bis 1913 sank die Zahl der Spielkartenfabriken von 27 auf 24, wobei aber zu beachten ist, daß die Vereinigte Straßunder Spielkarten-Fabrikanten A.-G. die wichtigsten von ihnen schon damals zusammengefaßt hatte.

Im Jahre 1908 wurden in Deutschland 7 761 000 Kartenspiele erzeugt und abgesetzt, die Stempelsteuer erbrachte 1,9 Millionen Mark. Im Jahre 1912 wurden 8 472 000 Kartenspiele erzeugt und abgesetzt, die Spielkartensteuer erbrachte 2,1 Millionen Mark.

Recht bedeutsam muß erscheinen, daß von 1921 bis 1923 die Spielkartenerzeugung lebhaft anstieg. Hier spielte die durch die

Inflation geschaffene Exportprämie ihre Rolle. Im Jahre 1921 wurden 10,7 Millionen Spiele hergestellt, 1922 sogar 17,7 Millionen, 1923 sank die Zahl wieder auf 9,7 Millionen. Im Jahre 1922 zum Beispiel gingen 60 Proz. der Erzeugung ins Ausland. Die Spielkartensteuer hatte im Jahre 1924 rund 1,3 Millionen Mark erbracht, 1925 waren es 1,5 Millionen, 1926 dagegen rund 2,1 Millionen. Für 1927 sind 2,0 Millionen Mark Spielkartensteuer in den Haushaltsvoranschlag eingestellt worden. Ueber die Produktion an Kartenspielen liegen über das letztvergangene Jahr die Abschlußzahlen noch nicht vor.

## Der Monopolherr.

Vor einiger Zeit machte die Vereinigte Straßunder Spielkartenfabriken A.-G. wieder einmal dadurch von sich reden, daß sie seit mehr als 125 Jahren bestehende Spielkartenfabrik von C. L. Wüst in Frankfurt a. M. durch Kauf übernahm. Nach Aufnahme dieser Fabrik sind bei den Vereinigten Straßunder Spielkartenfabriken rund 75 bis 80 Proz. der deutschen Spielkartenerzeugung vereinigt.

Die Frankfurter Fabrik ist stillgelegt worden, ihre Produktion wurde nach Straßund und Altenburg übernommen. Den bisherigen Inhaber der Frankfurter Fabrik hat man zum Generalvertreter umgewandelt. Er durfte sogar eine eigene neue Firma aufmachen. Sie lautet „C. L. Wüst, Generalvertretung der Vereinigten Straßunder Spielkartenfabriken A.-G.“. Sein Arbeitsgebiet ist der Spielkartensabtrag für Württemberg, Baden, das Saargebiet und die Gebiete südlich von Frankfurt a. M. Da die Straßunder Aktiengesellschaft rund vier Fünftel der deutschen Spielkartenerzeugung beherrscht, bestimmt sie die Preise und reguliert den Markt. Dabei verteilte sie trotz erheblicher Neubauten und Abschreibungen für 1925/26 12 Proz. Dividende, nachdem sie 1924/25 schon 10 Proz. ausgeschüttet hat. Das Unternehmen hat vor dem Kriege alljährlich 8 bis 12 Proz. Dividende verteilt.

## Privat- oder Staatskartenspiele?

Angeht dieser Tatfachen muß man fragen, warum das Reich nach wie vor die komplizierte steuerliche Belastung der Erzeugung eines Privatunternehmens aufrecht erhält. Es wäre wirklich viel einfacher und billiger, wenn der Staat jenen Betrieb zu seinem eigenen Unternehmen machte. Er braucht dabei ja niemanden zu „enteignen“. Er kann sich als Aktionär in den Betrieb hineinsetzen, er kann auf jeden Fall im eigenen Betrieb die Steuer viel einfacher einziehen und viel sicherer erhalten als vom fremden Unternehmen. Dann braucht er sich auch nicht mehr alljährlich über den Geschäftsbericht der Straßunder Vereinigten Spielkartenfabriken A.-G. zu ärgern, die dauernd über steuerliche Schwierigkeiten und trotz ihrer Gewinne über sonst noch alles Mögliche klagt. Und wenn Schaustopf, Tarot und Slak mit staatlichen Karten gespielt werden, gewöhnen sich die deutschen Untertanen vielleicht auch langsam daran, daß ein König durch das „Spiel des Schicksals unwiderruflich geschlossen“ werden kann.

Kurt Heintz.

## Die Berliner Wohnungsbauten.

Erklärungen der beteiligten Gruppen. — Die Stadt vor der Entscheidung.

Dem Chapman-Angebot hat die Stadt Berlin bekanntlich, als die verschiedenen, zum Teil politischen Schwierigkeiten nicht zum Abschluß führten, eine allgemeine Submission für die Errichtung von 3000 Wohnungen folgen lassen. Die Submissionsbedingungen begründeten sich im wesentlichen auf die im Chapman-Angebot vorgezeichnete Bauausführung. Ueber das Ergebnis dieser Submission und der seitdem zwischen den beteiligten Firmen und Stellen der Stadt Berlin über Bauausführung, Bauverteilung, Finanzierung und Pachtvertrag geführten Verhandlungen haben die beteiligten Baufirmen, darunter auch die Deutsche Bauhütte und die Bauhütte Berlin, der Presse jetzt ausführlichere Mitteilungen gemacht.

Es sollen errichtet werden 3000 2½-Zimmer-Wohnungen, 3000 3½-Zimmer-Wohnungen und 2000 4½-Zimmer-Wohnungen. Als ungefähre Mieten sind vorgesehen: 800, 1200 und 1800 M. für die 2½-, 3½- und 4½-Zimmer-Wohnungen, je nach Stadtteil und Lage sollen die Mieten eventuell leicht verschieden sein. Die Wohnungen sollen errichtet werden in Treptow südöstlich des Reichshauses von Treptow, anschließend an den Plänterwald, und zwar etwa 3000 Stück mit großen Freiflächen, wobei wegen der vorhandenen Regulierung der Straßen die Bebauung sofort möglich wäre. Ferner 1000 Wohnungen angrenzend an das Treptower Gelände in Neukölln an der Sonnenstraße und Kölnischen Allee, in Reinickendorf 1000 Wohnungen an der Schillerpromenade, in Pankow etwa 2300 Wohnungen am Kissingenplatz und der Rest eventuell bei Siemensstadt; doch steht das noch nicht fest. Die Hälfte der Bauten soll noch in diesem Herbst begonnen werden, so daß man zu Pfingsten 1928 bei günstigen Wetterverhältnissen einen Teil fertigstellen hofft.

Zur Errichtung und Finanzierung der Wohnungsbauten schließen sich die bauausführenden Firmen zu einer Gesellschaft zusammen, die Berliner Wohnungsbau-Gesellschaft, Gemeinnützige A.-G., und in der Abfertigung „Bewog“ dringen wird, mit 3 Millionen Mark eigenem Kapital. Die Bauhütten und die privaten Unternehmungen werden je zur Hälfte den Einfluß in der Gesellschaft teilen, wobei noch kleine Änderungen möglich sind. Die Finanzierung, die 30 Millionen Dollar oder 126 Millionen Mark erfordert, ist durch einen Vorvertrag mit einem amerikanischen Konsortium gesichert; die „Bewog“ wird ebenfalls diejenige Stelle sein, die den Pachtvertrag mit der Stadt Berlin abschließt und über einen Treuhänder die für die Anleihe erforderlichen, von der Stadt Berlin als Pachtsummen und Zuschüsse gezahlten Zinsen und Amortisationen an den amerikanischen Gläubiger weiterleitet.

Die Zuschüsse der Stadt Berlin werden geleistet, um die Wohnungen zu verbilligen. Gerednet wird mit höchstens 1½ Millionen Mark jährlich, wobei keine Zuschüsse aus Hauszinssteuermitteln, sondern aus dem Etat in Frage kommen. Diese Zuschüsse sind im wesentlichen der Preis, für den die Stadt Berlin nach 26 Jahren die Häuser übernehmen wird. Die zur Verfügung gestellten Grundstücke werden dadurch abgekauft, daß der Stadt Berlin die erste Bodkate von 9½ bis 10 Millionen Mark erlassen wird. Mit den Häusern fallen natürlich auch die bebauten Grundstücke nach 26 Jahren an die Stadt Berlin zurück. Sämtliche Häuser haben Warmwasser und Zentralheizung, von deren Stellung schon im Chapman-Projekt ausgegangen worden war.

Die beteiligten Stellen sind der Meinung, daß die Zustellungsstelle für Auslandsankaben wegen des privaten Charakters der Kreditfönden nicht zuständig sei, hoffen aber auf den Erlaß der Kapitalertragssteuer, weil sich sonst die Mieten noch etwas verteuern würden. Soweit die Erklärung.

Die Stadt Berlin soll in der nächsten Zeit die definitive Entscheidung treffen. Die Magistratsvorlage soll sofort in einem

Ausfluß beraten werden, um dann im Plenum sobald als möglich verabschiedet zu werden. Ueber der Frage des Wohnungsbauens in Berlin hat bisher kein günstiger Stern geleuchtet. Die Schwierigkeiten waren bisher sehr groß, vielleicht angesichts der Neuartigen des Baues mit ausländischen Mitteln, zum Teil auch unvermeidlich, es gab verschiedene Kämpfe, die oft auch gegen die Mieterinteressen ausgingen. Seit der deutsche Kapitalmarkt so schwierig geworden ist, hat sich aber die Bordringlichkeit des öffentlichen Interesses an der Errichtung von neuen Wohnungen vervielfacht. Es wäre unangebracht, über die Notwendigkeit des Baues noch ein Wort zu verlieren, denn es ist bisher schon zuviel festbare Zeit verstrichen worden.

Selbstverständlich entbehrt das die Stadt Berlin, auf der die Verantwortung gegenüber den Mietern und gegenüber den Steuerzahlern in jedem Falle lasten wird, nicht der Pflicht zur allergründlichsten Prüfung der neuen, jetzt scheinbar genügend formulierten Vorschläge. Das Allgemeininteresse erfordert ein sicheres und eventuell auch schnelles Handeln, wobei sachverständiges Verantwortlichkeitsbewußtsein dem Allgemeininteresse am besten dienen wird, so groß manche Schwierigkeiten auch noch scheinen mögen.

## Masseneinkommen und Qualitätsverbrauch.

Wie der Handel den Reichverband der deutschen Industrie über Löhne und Preise aufklärt.

Auf der Frankfurter Tagung des Reichverbandes der deutschen Industrie wurde auch gefragt und diskutiert, ob das Inland für die Massenproduktion von Qualitätswaren ausnahmefähig sei. Dabei erfolgte auf den Groß- und Kleinhandel ein Seitenhieb. Man fragte nämlich auch, ob nicht die Unterstützung von Groß- und Kleinhandel zur „Erziehung“ der Käufermassen fehle, die angeblich schund verlangen, weil er ihnen als „besonders preiswert“ angepriesen wird. Die angesprochenen Handelskreise sind dem Reichverband der Industrie die Antwort nicht schuldig geblieben. Dem WTB-Handelsdienst ging nämlich ein an den Reichverband der deutschen Industrie gerichtetes Schreiben zu, das so interessant ist, daß wir es nachstehend wörtlich zum Abdruck bringen:

„Dem Handel müssen derartige Äußerungen — gleichviel von welcher Seite sie kommen — als beklagenswerte Verkennung des wahren Sachverhalts erscheinen. Wer sind denn die „Käufermassen“ im Lande? Doch wohl die Massen der Lohnempfänger. Und was ist die Kaufkraftfähigkeit des Konsums anderes als ein anderer Ausdruck für das Realeinkommen dieser Käufermassen, das durch die bekannten Zusammenhänge zwischen den Löhnen für gewisse industrielle Vorprodukte und den Agrarpreisen künstlich entwertet ist? Hier kann es sich gar nicht darum handeln, die Kaufkraft zu besserem Kaufverständnis zu „erziehen“, sondern hier handelt es sich ganz offensichtlich um Kaufkraftwäche. Selbst der Kaufkraftwäche aus den Käufermassen hat das naturgegebene Bedürfnis, sich „etwas Besseres“ zu kaufen, wenn er kann. Dazu braucht niemand erst erzogen zu werden. Doch der Durchschnittskonsumant das meist nicht kann, weil ihm die allgemeine Leuerung für den sogenannten „starren“ Bedarf in elementaren (unausschiebbaren) Lebensbedürfnissen nicht genug übrig läßt, um seinen sogenannten „elastischen“ (nachtsfalls ausschließbaren) Bedarf in besseren Qualitäten zu decken, hat nicht der Handel zu vertreten. Im übrigen hat ja auch Geheimrat Kaffl angedeutet, daß die Preise für einen Massenkonsum von Qualitätswaren zu hoch sind. Der Handel, als der natürliche Mittler zwischen Produktion und Konsum kennt die Kaufkraft seiner Kundenschaft — der Umsatz des Einzelhandels ist direkt abhängig von der Einkommenslage seiner Kunden. Gerade der Handel ist daher berufen, auf Grund dieses seines besseren Kontaktes mit dem Konsum,

der Industrie Wink zu geben für die erforderliche Anpassung. Ist man nicht in der Lage, die Löhne zu erhöhen, dann Sorge man für Hebung der Realkaufkraft durch Senkung der Lebenshaltungskosten. Dabei bleibt es Aufgabe der Produktion, das sogenannte konsumtive Preisgesetz zu berücksichtigen, wonach Massenware so billig geliefert werden muß, daß jene kaufkraftwächtigen Kreise, an die man sich noch zu wenden gezwungen ist, um Massenablauf überhaupt zu erzielen, den Artikel tatsächlich kaufen können. Würde die Produktion, ausgehend von der Realkaufkraft der Käufer, sich der Durchschnittskaufkraft der Käufer anpassen — nicht nur durch Verbilligung der Herstellungskosten, sondern insbesondere auch durch Verzicht auf hohen Stückgewinn und Wiedereinstellung auf den allbekanntesten Grundweg: „Großer Umsatz durch kleinen Stückgewinn“, dann würde sich die Fiktion von selbst erübrigen, daß man den Konsum dazu „erziehen“ könnte, Geld zu erübrigen, das er nicht hat. Kein Käufer wählt demnach das Schlechtere, aber jeder Käufer sieht sich zur Beschränkung auf den Rahmen seiner Mittel gezwungen.“

Das Kolleg, das hier dem Reichverband der deutschen Industrie aus Handelstreifen gehalten wird, ist nur allzu berechtigt und allzu richtig. Es ist in der Tat so: soll das Inland mehr Qualitätsware kaufen, so kostet das einfach mehr, der Konsument muß mehr Geld dazu haben. Keine Erziehung kann fehlendes Geld ersetzen. Entweder muß bei gleichen Preisen das Konsumenteneinkommen erhöht werden, das geht nur durch höhere Löhne. Oder es muß bei gleichen Löhnen die Realkaufkraft des Konsumenteneinkommens gesteigert werden, das geht nur durch Berringerung der Kosten für den lebensnotwendigen Bedarf. Die Industrie will die Löhne nicht erhöhen. Wenn sie das aber nicht will, so soll sie sich nicht über den Handel beschweren, sondern sie soll die Löhne z. B. auf Textilrohstoffe und vor allem auf Lebensmittel herunterlegen. So antwortet der Handel der Industrie. Erfreulich klar und deutlich, dazu mit schöner und satirischer Ironie. Wir haben ihr nichts hinzuzufügen.

Die Zukunft scheint aber auch der Ueberzeugung zu sein, daß nicht nur Erziehung kein Geld schafft, sondern auch umgekehrt, daß Geld nach keine Garantie für eine gute Erziehung ist. — der deutschen Unternehmer nämlich zu einer vernünftigen Politik. Die deutschen Unternehmer haben in der jetzigen Konjunktur schwer verdient. Aber der Reichverband der deutschen Industrie hat in Frankfurt nichts davon gegessen, daß er etwa die Herabsetzung der Zölle will. Diefelbe Herabsetzung der Zölle, die seine Vertreter in Genf, in Stockholm und auch in Hamburg schon ausgebeugelt haben und die die Reichsregierung daraufhin sofort für sich akzeptiert hat. Im Gegenteil, sie werden bei gleichen, wenn möglich höheren Zöllen und auch Preisen die Löhne abzubauen wollen, und sei es unter der Parole des „unbedingt nötigen Qualitätsexports“. Selbstverständlich wird ihnen die Arbeiterschaft die Zähne zeigen. Aber es ist gut, daß der Handel ihr dabei im eigenen Interesse so vernünftig hilft, wie es hier geschehen ist.

## Der erste Schritt zur Ferngasversorgung.

Bochum, 6. September. (Eigenbericht.)

Die in den letzten Wochen unter Führung des Landeshaupmanns der Provinz Westfalen mit Nachdruck geförderten Verhandlungen zwischen der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung in Essen und der Ferngasversorgung Westfalen haben am Dienstag zu dem Ergebnis geführt, daß die Provinz Westfalen im Einverständnis mit der Ferngasversorgung Westfalen, in der alle kommunalen Spitzenverbände der Provinz vertreten sind, der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung die für die Durchführung der Ferngasversorgung zunächst in Frage kommenden Provinzialstraßen freigegeben hat. Der Entscheidung lag ein bindendes Angebot der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung zugrunde, das alle wesentlichen Voraussetzungen erfüllt, die Westfalen im Interesse des planmäßigen Aufschlusses der Provinz und der Versorgung seiner Industrie mit Ferngas gefordert hatte. Wenn damit auch dem endgültigen Abschluß der Verträge zwischen der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung und der Ferngasversorgung Westfalen nicht vorgegriffen werden soll, so sind doch hier für die Versorgung eines großen, zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes mit Ferngas zum ersten Male feste Grundlagen geschaffen worden.

## Der Arbeitsmarkt Anfang September.

Die anhaltend günstige Witterung hat überall zu einer weiteren leichten Besserung des Arbeitsmarktes in der abgelaufenen Woche geführt, die hauptsächlich durch die starke Aufnahmefähigkeit in der Landwirtschaft und den guten Fortgang der Beschäftigungsmöglichkeiten in den Außenarbeiten hervorgerufen wurde. Zu einem erheblichen Teil ist an dieser Entwicklung wiederum die Metall- und Maschinenindustrie, teilweise auch die Holzindustrie, beteiligt. Günstig lauten die Berichte aus der Textil- und chemischen Industrie, uneinheitlich im Nahrungsmittel- und Bekleidungsgerwerbe sowie in der Lederindustrie.

Gutes Geschäft der Fahrradwerke Lindner A.-G. Die Fahrradwerke Lindner A.-G., die bekanntlich Eigentum der organisierten Arbeiterschaft sind, haben nach wie vor sehr stark zu tun. Das Interesse der Arbeiterschaft für ihre in der Eigenproduktion hergestellten Fahrräder ist so stark gewachsen, daß schon im Monat August die starke Produktion des ganzen Jahres 1926 überschritten war, während der Umsatz sich in noch größeren Ausmaßen bewegte. — Hebrigens melden sich Stimmen aus der privaten Fahrradindustrie, daß die allgemein günstige Konjunktur abzuklingen beginnt. Das kann aber mit Saisongründen zusammenhängen; im September wird es immer schlechter.

Ein neues Augsburgs Kunsstseidewerk der J. P. Bemberg A.-G. Die J. P. Bemberg A.-G., welche bekanntlich in ihrer letzten Generalversammlung das Aktienkapital um 12 Millionen Mark erhöhte, bereitet die Errichtung einer neuen großen Werkanlage in Augsburg vor. Das neue Werk, für das ein Bauplatz von 20 000 Quadratmeter in Aussicht genommen wird, wird mit dem bereits vorhandenen Augsburg-Werke Wert der J. P. Bemberg A.-G. örtlich nicht verbunden sein. Mit der Ausführung des Planes soll in Anbetracht der gegenwärtigen Konjunktur in Kunstseide sobald als möglich begonnen werden.

Dieleobacht der Nordgummwerke A.-G., Berlin. Der Antron auf Geschäftsaussicht im Februar d. J. ließ bereits auf Schwierigkeiten bei der Nordgummwerke A.-G., Berlin, schließen. Trotzdem überrascht dieser hohe Verlustabschluß, der mit 500 000 M. das gesamte Aktienkapital um 100 000 M. übersteigt. Der Vorstand schlug der Generalversammlung zur Sanierung des Unternehmens die Zusammenlegung des Aktienkapitals im Verhältnis 20 : 1 und zur Beschaffung neuer Mittel eine Wiedererhöhung um 400 000 M. vor. Durch diesen Kapitalschnitt und durch Auflösung des Reservefonds von 117 800 M. wird der Verlust von 1926 fast abgedeckt. Dagegen mußte der Vorstand bekennen, daß im Verlauf des ersten Halbjahres 1927 bereits neue Verluste eingetreten sind. Für die ehemalige Belegschaft von 500 Mann dürfte auch künftig von diesem Unternehmen nicht viel zu hoffen sein, da die Produktion weiterhin äußerst eingeschränkt bleiben soll und die Befürworter der Aktienmajorität sich auf Verwertung der Grundstücke beschränken werden.





Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Bezirksvorstandsgemeinschaft mit den Bezirksleitern morgen, Donnerstag, 19 Uhr, im Jugendsekretariat.

Heute, 19. Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen:

Abteilung: Heim, Edu. Dörmann, Straße. — Anwesenheit: Heim, Scherzberg, 7. — ...

Abteilung: Heim, Edu. Dörmann, Straße. — Anwesenheit: Heim, Scherzberg, 7. — ...

Gewinnziehung

5. Klasse 29. Preußisch-Sächsische Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

17. Ziehungstag

5. September 1927

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

Table with 2 columns: Prize amount and corresponding ticket numbers.

18. Ziehungstag

6. September 1927

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

Table with 2 columns: Prize amount and corresponding ticket numbers.

Wichtig-Best: Heim, Scherzberg, 7. — Anwesenheit: Heim, Scherzberg, 7. — ...

Modenschau der Einzelhändler. Nach den verschiedenen Modenvorführungen der Kaufhäuser geht nun auch der Einzelhandel daran, seine modischen Ergebnisse dem Publikum vorzustellen.

Suchswanne, Bleu Fé, Schaf, Mäuswurfkanin und noch vielen anderen Pelzombinationen, die meist unseren Hausfrauen entflammen, sind durch kunstvolle Präparierung zu aparten Verbrümmungen geworden.

SCALA Nollendorf 7360 Die September-Varieité-Revue

CASINO-THEATER 8 Uhr Ihr dunkler Fleck

Reichshallen-Theater Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger

Theater am Kottbuser Tor Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr Elite-Sänger

Trabrennen Mariendorf Mittwoch, 7. September nachm. 2 1/2 Uhr

Neues Theater am Zoo Täglich 8 1/2 Uhr Drei lustige Komödien

Planetarium am Zoo Verleih, Leihbücher, etc. Der Himmel der Heimat

Großes Schauspielhaus Tägl. 11 Ende 11 U. DER MIKADO

CHARELL-Inszenierung mit Pailenberg Rita Georg Bendow

Lessing-Theater 8 Uhr König Heinrich IV

Th. im Admiralspalast Täglich 8 1/2 Uhr Die neue HALLER-REVUE

Verband der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe

Rose-Theater 8 1/2 Uhr Fürstenwende

Planetarium am Zoo Verleih, Leihbücher, etc. Der Himmel der Heimat

Steyn- und Danner-Decken

Erfinder - Vorwärts

Kaufgesuche

Unterricht

Möbel

Verschiedenes

Geldverkehr

Vermietungen

Zimmer

Mietgesuche

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Stellenangebote

5-6 tüchtige Fassadenfuger

Haus- und Bureauräumung

Arbeitsburschen

Lötinnen

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Anf. 7 Uhr

Winter Variete Garten Rauchen gestatte! Jasma Selim und Dr. Ralph Deatsky

Volksbühne Theater am Bülowplatz Tägl. am Schiffbauerdamm 8 Uhr

5 MITTELMEER FAHRTEN mit dem Doppelschrauben-Dampfer OCEANA

Deutsches Theater Norden 10334-37 Ende 11 U. Der Arzt am Scheideweg

HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG + ALSTERDAMM 25

Trianon-Theater So ein Mädel (Das Extempore)

Die Komödie Bismarck 2614/7516 8 1/2 Uhr Zinsen

Ververtretungen an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes

Waliner-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Alt-Heidelberg

Rudolf Schlömp vom 27. Regim. im 74. Lebensjahre

Ernst Kaube im 52. Lebensjahre

Deutscher Metallarbeiter-Verband Metallformer u. Berufsgenossen

Branchenversammlung

Branchenversammlung aller Monteur- und Helfer aus den Eisenkonstruktionsbetrieben

Kapitän-Kaufabak die Marke für Feindmeder

Rudolf Schlömp vom 27. Regim. im 74. Lebensjahre

Ernst Kaube im 52. Lebensjahre

Deutscher Metallarbeiter-Verband Metallformer u. Berufsgenossen

Branchenversammlung

Branchenversammlung aller Monteur- und Helfer aus den Eisenkonstruktionsbetrieben

Kapitän-Kaufabak die Marke für Feindmeder